Nr. 252. 15 Pfennig Einzelpreis — Halle (Saale), Mittwoch, den 26. Oktober 1932

Volksblatt

Wählt Sozialdemokraten Liste 2

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Merseburg

Das „Volksblatt" erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Gr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605, 24607, 28605. Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,20 Mk. Zustellung, [illegible] vierteljährlich 2,10 Mk., für Abholer wöchentlich 0,45 Mk., Postbezugspreis 2,10 Mk., durch Postboten zugestellt 2,50 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,40 Mk. — Anzeigenpreis 13 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteil der Millimeterzeile. Hauptgeschäftsstelle: Gr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605, 24607, 28605. Postscheckkonto 20319 Erfurt.

Staatsgerichtshof begrenzt die Diktatur des Preußen-Kommissars

Papens Niederlage / Schlagt ihn endgültig!

Das Volk muß am 6. November mit allen Diktaturlüsternen abrechnen

Schwere Abfuhr auch für die Nazis, die von Papen frech und dreist die Einsetzung des Kommissars forderten

Aus Leipzig wird gemeldet:

Der Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke verkündete am Dienstag pünktlich um 12 Uhr die Entscheidung des Staatsgerichtshofes dahin:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen.

Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat, oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.

Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen."

Wann verschwindet der Kanzler?

Die Lehren des Urteils des Staatsgerichtshofes

Zu dem Leipziger Spruch schreibt der Reichstagsabgeordnete Breitscheid unter der Ueberschrift: „Papens Niederlage" im Sozialdemokratischen Pressedienst:

Die Reichsregierung hat Mut. Sie geht so weit, daß sie das Urteil des Staatsgerichtshofs in Sachen Preußen als Rechtfertigung ihres Standpunktes und ihres Vorgehens ausgibt. In Wirklichkeit bedeutet der Leipziger Spruch eine schwere Niederlage für Herrn v. Papen und sein Kabinett. Bei dem Versuch, über die Hürden der Verfassung in kühnem Sprung hinwegzufegen, hat der Reiter beträchtlichen Schaden erlitten.

Daran ändert der Umstand nichts, daß der Staatsgerichtshof den Absatz 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung für anwendbar erklärt und dem Reichspräsidenten das Recht zuspricht, nach pflichtmäßigem Ermessen die gesamten staatlichen Machtmittel des Reiches und Preußens in einer Hand zusammenzufassen und die Politik des Reiches und Preußens in eine Bahn zu lenken. Diese der Regierung Papen günstig erscheinende Entscheidung konnte gefällt werden, weil der Wortlaut des Artikels absoluter Klarheit und Unzweideutigkeit entbehrt und weil das in der Verfassung angekündigte ausgelegende Reichsgesetz bisher leider noch nicht ergangen ist. Aus dem Fehlen einer wirklichen Begriffsbestimmung der Störung und Gefährdung von Sicherheit und Ordnung und aus dem Nichtvorhandensein einer festen Abgrenzung der Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der bedrohten Güter getroffen werden können, zieht die Regierung Papen Nutzen.

Damit ist indessen noch nicht alles gesagt. Das Gericht hat sich offenbar bemüht, einen Weg zu finden, auf dem es nicht nur dem juristischen, sondern auch dem politischen Tatbestand gerecht werden konnte. Es glaubte nicht zu einem Ergebnis kommen zu dürfen, durch das nicht nur alles, was seit dem 20. Juli in sachlicher und personeller Beziehung geschehen ist, ungeschehen gemacht werden würde, sondern durch das auch die Stellung des Reichspräsidenten unter Umständen schwer erschüttert worden wäre. Deshalb hält es beispielsweise den Reichskommissar für befugt, Beamte in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, zu ernennen, zu befördern und zu entlassen, und deshalb wird die Beantwortung der Frage, ob der Reichskommissar auch die ministeriellen Geschäftsbereiche erfassen durfte, die mit der allgemeinen Politik und der politischen Ordnung unmittelbar nichts zu tun haben, dem Reichspräsidenten zugeschoben.

Auf diese Weise erhält das Urteil natürlich einen zwiespältigen Charakter, und die Gefahr, der man entgehen wollte, ist insofern nicht vermieden worden, als nun eine höchst merkwürdige Zuständigkeitsverteilung zwischen der ausdrücklich als verfassungsmäßig bestehend anerkannten Regierung Braun-Severing und dem Reichskommissar Platz gegriffen hat. Aber trotz diesem inneren Widerspruch, an dem die Entscheidung krankt, ist es unverkennbar, daß sie sich in allem Wesentlichen gegen diejenigen richtet, die den Husarenritt gegen Preußen unternommen haben.

Wer die Siegesfanfare der Papenheimer richtig würdigen will, der muß sich an den Wortlaut der Verordnung vom 20. Juli erinnern. Da wurde auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 ein Reichskommissar bestellt, der ermächtigt war, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen. Dem Reichskanzler als Reichskommissar stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu.

Zunächst schlägt der Staatsgerichtshof den Urhebern der Verordnung die Berufung auf den Abs. 1 des Art. 48 aus der Hand, wonach der Reichspräsident einschreiten kann, wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt. Preußen kann keine Pflichtverletzung nachgewiesen werden, und von allem anderen abgesehen werden die Vorwürfe, die man wegen seines öffentlichen Auftretens gegen Severing erhoben hat, als unberechtigt zurückgewiesen.

Das Urteil erklärt des weiteren die Ermächtigung zur Amtsenthebung der Minister für ungültig. An die Stelle der verfassungsmäßigen Landesregierung kann auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden, und die Uebertragung von Zuständigkeiten auf ein Reichsorgan findet ihre Grenze in der Notwendigkeit, der Landesregierung die Befugnisse zu erhalten, die zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes und seiner Stellung im Reich unentbehrlich sind. Gewiß, an diesem Punkt stoßen wir auf die gewagte Konstruktion, nach der eine Regierung zwar in ihren Rechten gegenüber dem Reich selbständig bleibt, aber innerstaatliche Befugnisse dem Reichskommissar überlassen soll. Indessen verrät es ein außerordentliches Maß von Bescheidenheit, wenn das Kabinett Papen dieses, wie gesagt, aus politischen Gründen gemachte Zugeständnis an einen Triumph seiner Sache und eine Rechtfertigung seiner Verordnung verkündet.

Nein, alle Deutungs- und Verdrehungsversuche können über das schwere Fiasko der gegen Preußen und gegen die Demokratie gerichteten Aktion nicht hinwegtäuschen und wenn die, die mit tausend Masten in den Ozean reaktionärer Politik hinausschiffen, auch nicht wie der Schillersche Jüngling still auf geretteten Kiel zurückkehren — ihr Schiffbruch steht fest.

Und wie wird es nun weiter werden? Die preußische Staatsregierung wird am Mittwoch zur Lage Stellung nehmen. Was wird die Reichsregierung tun? Wird sie sich darauf beschränken, das vernichtende Urteil zur Kenntnis zu nehmen? Es ist außerhalb des Bereichs absolutistischer Staatswesen kaum ein Land denkbar, in dem ein Kabinett nach einer solchen Niederlage im Amt bleiben könnte. Aber das will leider nicht sagen, daß wir damit rechneten, Herr von Papen werde den Schritt tun, der allein der Würde seines Amtes und der des Deutschen Reiches entspräche. Wir geben uns nun der Hoffnung hin, daß er sich von dem Schlag, der ihn jetzt getroffen hat, so leicht nicht wieder erholen wird. Die verfassungstreuen Kreise des deutschen Volkes haben ihr Urteil über den gegenwärtigen Reichskanzler bereits vor der Verkündung des Leipziger Votums gesprochen, und die, die den Feldzug gegen die Demokratie zu führen bereit sind, werden sich jetzt zum mindesten fragen, ob es sich empfiehlt, das Unternehmen unter Führung eines Herrn von Papen zu wagen!

Die Regierung Braun im Amte!

Eigener Bericht

Frankfurt a. M., 25. Oktober.

Universitätsprofessor Heller-Frankfurt a. M., der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags in dem Prozeß Preußens gegen das Reich, gab dem Frankfurter Vertreter des „Soz. Pressedienst" folgende Erklärung zu dem Urteil des Staatsgerichtshofs:

„Das Urteil des Staatsgerichtshofs bedeutet unter den gegebenen Verhältnissen einen vollen politischen Erfolg der preußischen Regierung. Durch die Feststellung, daß von einer Pflichtverletzung des Landes Preußen keine Rede sein könne, ist die in der Verordnung vom 20. Juli gelegene und von der Rechtspresse mit allen möglichen Einzelheiten verbreitete Diffamierung der Preußenregierung gerichtlich als unhaltbar gekennzeichnet. Die ursprünglich beabsichtigte endgültige Absetzung der preußischen Minister wird vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig bezeichnet.

Die Regierung Braun ist also im Amte und hat allein das Recht, das Land Preußen im Reichstag, im Reichsrat sowie überhaupt gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder anderen Ländern gegenüber zu vertreten.

Daß der Staatsgerichtshof das Vorgehen des Reiches auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 für zulässig erklärt hat, ist den Umständen nach zwar begreiflich, wenn auch im einzelnen dazu noch manches juristisch zu bemerken wäre.

Wenn die Reichsregierung erklärt, das Urteil des Staatsgerichtshofes bestätige die Verordnung selbst im vollen Umfange, so ist diese Behauptung politisch zwar verständlich, sie entspricht aber weder juristisch noch politisch den Tatsachen. Ebenso ist die Erklärung der Reichsregierung, sie befinde sich bezüglich der politisch-parlamentarischen Vertretung Preußens mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs in Uebereinstimmung, unrichtig. Hat doch der Reichskommissar bereits ständige Reichsratsbevollmächtigte bestellt. Er wird nun auch in dieser Beziehung durch das Urteil desavouiert."

Papen-Presse ist enttäuscht

Aus der Berliner Rechts- und Regierungspresse spricht am Dienstagabend die tiefe Enttäuschung über das Urteil des Staatsgerichtshofs.

„Zwiespältiges Urteil in Leipzig", „Eine unmögliche Entscheidung", lauten die Ueberschriften der Papen-Blätter, und krampfhaft versuchen die Kommentare der Aerger über das Urteil und die Richter zu verbergen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" weiß ihrem Herrn und Meister Papen keinen besseren Rat, als sich durch eine „schleunige Notverordnung" vor den Folgen des Urteils zu schützen. Im Grunde also eine Notverordnung [illegible] das höchste deutsche Gericht, das die Urheber des 20. Juli so lange als Entscheidungsinstanz gelten ließen, solange sie hofften, hier eine Sanktion für diesen 20. Juli zu erhalten. „Die Kreuzzeitung", das Stahlhelmorgan, bekennt die Niederlage von Leipzig, um zu fordern, Herr von Papen möge jetzt mit der ganzen Weimarer Verfassung Schluß machen, weil er anders aus dem Dilemma nicht herauskomme."

Preußenkabinett tagt

Der preußische Ministerpräsident Braun hat für Mittwochvormittag 10 Uhr das preußische Staatsministerium zu einer Sitzung im Wohlfahrtsministerium einberufen. Gegenstand der Beratung sind die Stellungnahme zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes und die Feststellung der sich hieraus für das Kabinett ergebenden Folgerungen.

Belgische Neuwahlen

Die Regierung Broqueville hielt am Dienstagabend ihren ersten Ministerrat ab. Sie beschloß, das Parlament aufzulösen und die Neuwahlen auf den 27. November anzusetzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219321026-18/fragment/page=0001

„Wir sind die Sieger von morgen!"

Eine von vielen Riesen-Kundgebungen der Eisernen Front / Für die Liste 2

Die ostsächsische Riesenkundgebung der Eisernen Front in Dresden, wo Otto Wels sprach, nahm einen eindrucksvollen und anfeuernden Verlauf.

Otto Wels sprach. Unser Führer! Otto Wels marschierte ein in das Stadion an der Spitze unserer grünen und blauen Bataillone, des Reichsbanners und der Ordner. Wels, unser Führer, den wir uns selbst wählten, stand dann auf dem Podium, schlicht und einfach, umtost von den Freiheitsrufen seiner Klassengenossen, seiner Kampfgefährten. Er sprach nicht nur zu den Dresdener Freiheitskämpfern und zu den sozialdemokratischen Wählern Ostsachsens. Wels' Rede war ein Appell an die gesamte sächsische und deutsche Wählerschaft. Hart und unerbittlich klang seine Rede in den Forderungen, die die Arbeiterschaft mit Recht zu stellen hat, aber auch kritisch gegenüber denen, die um eines Augenblickserfolges willen glaubten, das wertvolle Gut der Demokratie und der Volksrechte den Feinden der Arbeiterklasse in die Hände zu spielen. Wels' Rede war eine Mahnung und Kampfansage zugleich, eine Mahnung in dem Sinne, daß wir dessen eingedenk sein müssen, was Volksrechte, was Demokratie bedeuten, und ein Kampfruf in dem Sinne, daß es diesmal um die letzte und schwerste Entscheidung für lange Jahre hinaus gehe und es deshalb kein Erbarmen und kein Kompromiß geben dürfe.

*

Unsere Schwarzweißroten pflegen der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie züchten den „Materialismus" im Menschen, sie stelle die Magenfrage in den Vordergrund. Wenn das so wäre, wie käme es wohl, daß Hunderttausende, ohne nach persönlichem Vorteil, ohne nach Gewinn zu fragen, ihr Leben für die Eiserne Front in die Schanze schlagen, wie käme es wohl, daß Männer, Frauen, Jugendliche, von der Not gezeichnet, vom Hunger, den uns Herr von Papen verordnet hat, gepeinigt, vom Elend verfolgt und geknechtet, all ihr Sein in den Dienst einer Idee, in den Dienst des Sozialismus stellen, dessen Segnungen vielleicht erst die Kinder der heute Ringenden genießen werden? Indes bei den Nazis, bei diesen hochherzigen „Idealisten", ganze SA.-Kolonnen, ganze Ortsgruppen meuterten, wenn die Kassen leer sind, wenn die Mittel von der Großindustrie Gnaden versiegen, verzichten die „Materialisten" der Eisernen Front freiwillig auf Zuwendungen an Geld, Lebensmitteln, Kleidungsstücken (wie sie bei den Hakenkreuzlern üblich sind); für ihre Sache kämpfen zu dürfen, ist unseren Anhängern Lohn genug. Im Herbst 1930, als die Soldzahlung einmal stockte, stürmten Berliner SA.-Leute die eigenen Gaubüros.

*

Die „Materialisten" der Eisernen Front halten ohne Sold getreu und stolz zu ihrer Fahne. Durch vier Wahlkämpfe wurde das deutsche Volk in diesem Jahre schon gepeitscht, von rechts und links wurden die Kämpfer der Republik mit allen, mit den übelsten Mitteln bekämpft, sie wurden beschimpft, verleumdet, überfallen. Aber sie stehen jetzt, am Vorabend der fünften Wahl, entschlossener denn je, Schulter an Schulter.

Nicht umsonst ward ihre Front die „eiserne" genannt, eisern ist ihr Wille, eisern ihre Ueberzeugung, eisern ihre Treue. Das wurde am Sonnabend in unserer Stadt aufs neue offenbar. Die Sozialdemokratie wagte an diesem Tage, was keine andere Partei wagen konnte: sie veranstaltete eine Kundgebung auf der Radrennbahn Reick, auf dem größten umfriedeten Freiluftgelände Dresdens. Zweifler schüttelten die Köpfe: Im Herbst im Oktober eine Kundgebung unter freiem Himmel, auf so großem Raum — wird das gelingen? Nun, es gelang über die Maßen gut. Wir hatten nicht nur das Wetter, nicht nur einen strahlend schönen Tag, wir hatten vor allem die Begeisterung der Massen auf unserer Seite. Der Wille, sich zum Sozialismus, sich zur Freiheit zu bekennen, ließ Tausende und aber Tausende alle Schwierigkeiten überwinden. Aus der Umgegend strömten die Scharen herbei, zu Fuß, auf Rädern, in ratternden Lastautos. Das Reichsbanner entsandte aus allen Bezirken Ostsachsens größere Delegationen, die am imposanten Aufmarsch des Dresdener Proletariats teilnahmen.

Und wieder festigte sich in aller Bewußtsein die Ueberzeugung: der Kampfgeist, die Ueberzeugungstreue in unseren Reihen sind unbesiegbar, kein Papen, kein Schleicher, kein Hitler kann sie beugen. Die Wogen der Reaktion, die Vermessenheit kapitalistischer Machtgier, die Bajonette der alten Welt werden an diesem eisernen Fels zerbrechen. Hunderte unserer Mitkämpfer können in die Gefängnisse geworfen, unsere Zeitungen können verboten, unsere sozialen Errungenschaften können gewaltsam zerstört werden — die sozialistische Idee spottet aller Mauern, aller Paragraphen, aller Fesseln. „Wir sind die Sieger von morgen!" stand auf einem Transparent zu lesen, das die Jugend vor der Rednertribüne der Radrennbahn aufpflanzte.

„Wir sind die Sieger von morgen!" — dies Bewußtsein leiht Hunderttausenden die Kraft, weiter zu kämpfen, weiter zu leiden, weiter die Fahne hochzuhalten trotzdem und alledem. Nicht um des einzelnen, sondern um der Menschheit willen, die sich aus Not und Blut und Knechtschaft endlich zu neuem, reinerem, glücklicherem Sein in einer sozialistischen Welt emporschwingen muß. Mächtige proletarische Kundgebungen, wie die auf der Dresdener Radrennbahn, schüren die Flammen der Begeisterung, zeigen auch den Gegnern rechts und links, daß die Massen der Eisernen Front keiner Gewalt weichen werden, daß die Freiheitspfeile sieghaft vorwärts fliegen, dem sozialistischen Morgenrot entgegen.

Keine Pflichtverletzung Preußens / Die Einschränkung der Papen-Bracht-Diktatur

Begründung des Leipziger Spruches

Unser Severing von der Junker-Regierung völlig zu Unrecht verdächtigt

Der Begründung des Leipziger Spruches Preußen—Reich schickte der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, die Bemerkung voraus, daß er naturgemäß darauf verzichten müsse, die ganze Fülle der Gesichtspunkte, die in der Verhandlung zutage getreten seien, auch nur einigermaßen zu erschöpfen. Ueber den wesentlichen Inhalt der Gründe, von denen der Staatsgerichtshof bei seiner Entscheidung ausgegangen sei, führte er unter anderem aus:

Die Anträge, über die der Staatsgerichtshof zu entscheiden hatte, zerfallen in drei Gruppen. Die erste Gruppe bilden die Anträge, die sich unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli und deren Auswirkungen richten. Mit der zweiten Gruppe wird eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs darüber angestrebt, daß gewisse Maßnahmen auf Grund des Art. 48 niemals und unter keinen Umständen getroffen werden dürfen. Die dritte Gruppe bildet der Antrag, durch einen besonderen Ausspruch festzustellen, daß die Behauptungen des Reichs, Preußen habe seine Pflicht gegen das Reich nicht erfüllt, nicht begründet und nicht erwiesen seien.

Eine sachliche Entscheidung auf die Anträge der zweiten Gruppe hat der Staatsgerichtshof abgelehnt. Er verneint nicht, daß die Länder ein Interesse daran haben, die Grenzen, die bei Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 den Ländern gegenüber eingehalten werden müssen, ein für allemal festgestellt zu sehen. Dieses Interesse ist aber politischer Natur und reicht nicht aus, um die Annahme zu begründen, daß eine Streitigkeit im Sinne des Artikels 19 der Reichsverfassung vorliegt.

Auch dem Verlangen, ausdrücklich auszusprechen, daß das Reich dem Lande Preußen zu Unrecht eine Nichterfüllung von Pflichten vorgeworfen habe, konnte keine Folge gegeben werden. Diese Frage ist eine von den zahlreichen Vorfragen, zu denen der Staatsgerichtshof Stellung nehmen muß, um über die unmittelbar gegen die Verordnung gerichteten Anträge entscheiden zu können. Darauf, daß eine dieser Vorfragen zum Gegenstand eines besonderen Ausspruches im Urteilstenor gemacht werde, haben die Beteiligten kein Anrecht. Ein solches kann auch daraus nicht hergeleitet werden, daß eben diese Frage von besonderer politischer Bedeutung ist.

An der Antragsbefugnis des Landes Preußen und auch der Länder Bayern und Baden besteht kein begründeter Zweifel. Auch an der Auffassung, daß das Land Preußen im gegenwärtigen Rechtsstreit durch die am 20. Juli amtierenden preußischen Minister und durch die am 20. Juli amtierende preußische Landesregierung vertreten wurde, hält der Staatsgerichtshof fest.

Den beiden Fraktionen vermag der Staatsgerichtshof die Antragsbefugnis für den vorliegenden Fall nicht zuzuerkennen.

Die Antragsteller gehen davon aus, daß die Verordnung dem Reichskommissar die Befugnis einräume, die preußischen Minister endgültig ihrer Aemter zu entheben. Das Reich vertrat dagegen die Auffassung, daß die Verordnung in einem engeren Sinne zu verstehen sei und den Reichskommissar nur ermächtige, die preußischen Minister vorübergehend ihres Amtes zu entheben, im übrigen also eine Maßnahme zu treffen, die der vorläufigen Amtsenthebung, der Suspension des Beamtenrechts entspreche.

Der Wortlaut der Verordnung, in dem schlechthin von Amtsenthebung die Rede ist, spricht für die weitere Auslegung.

Die Prüfung des Staatsgerichtshofs mußte sich daher auch auf die Frage erstrecken, ob eine Ermächtigung dieser Art mit der Reichsverfassung vereinbar ist. Von der so gewonnenen Grundlage aus war zunächst darüber zu befinden, ob die Verordnung vom 20. Juli in dem Abs. 1 des Art. 48 der Reichsverfassung die erforderliche Stütze findet. Diese Frage hat der Staatsgerichtshof verneint.

Die Vorschrift gibt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß ein Land

seine Pflichten gegenüber dem Reich nicht erfüllt,

die Befugnis, das Land mit Hilfe der bewaffneten Macht zur Pflichterfüllung anzuhalten. Die Auffassung, daß es sich bei den Voraussetzungen des Art. 48 Abs. 1 um eine reine Ermessensfrage handle, vermag der Staatsgerichtshof nicht zu teilen.

Keine Pflichtverletzung Preußens!

Die Behauptungen, auf die das Reich den Vorwurf der Nichterfüllung von Pflichten gründet, bestehen zum Teil aus Handlungen, die nicht von den verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt in Preußen, sondern von nachgeordneten Persönlichkeiten vorgenommen worden sind. In solchen Handlungen kann eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht gefunden werden.

Die Prüfung der Aeußerungen des Ministers Dr. Severing ergibt aber, auch wenn man sie im Lichte der gesamten damaligen Lage vornimmt, daß sie das Maß der gebotenen Zurückhaltung nicht derart überschreiten, daß darin eine Pflichtverletzung des Landes gegenüber dem Reiche erblickt werden kann.

Hiernach bleibt zur Stützung der Behauptung einer Pflichtverletzung nur die eine vom Reiche am stärksten betonte Anführung übrig, daß die preußische Regierung es an der erforderlichen Tatkraft bei der Bekämpfung der kommunistischen Bewegung habe fehlen lassen. Diese Behauptung ist in der mündlichen Verhandlung dahin zergliedert worden, daß sie zwei Vorwürfe enthält. Einmal habe es dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Innenminister als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei angesichts der innerhalb ihrer Partei damals hervorgetretenen Wünsche nach einem Zusammenschluß mit den der Kommunistischen Partei angehörenden Arbeitern an der nötigen inneren Freiheit zur Bekämpfung der Kommunisten gefehlt und sie hätten infolgedessen die nötige Tatkraft vermissen lassen.

Aus den Behauptungen zur Begründung dieser Vorwürfe ergibt sich für keinen der beiden Vorwürfe eine genügende Stütze. Insbesondere bilden die vom Reiche beigebrachten Aussagen von Beamten der preußischen Staatsverwaltung keinen Anhalt für die Annahme, daß der preußische Innenminister es wirklich an der nötigen Tatkraft gegenüber den Kommunisten habe fehlen lassen.

Auf Abs. 1 des Art. 48 kann hiernach die Verordnung vom 20. Juli nicht begründet werden.

Artikel 48, Abs. 2

Der Absatz 2 des Art. 48 gewährt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet ist, das Recht, die zur Wiederherstellung nötigen Maßnahmen zu treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einzuschreiten. Er gibt zugleich die Befugnis, zu diesem Zweck bestimmte Grundrechte außer Kraft zu setzen. Zu der Frage, ob der Staatsgerichtshof im Streitfall den Umfang der Voraussetzungen des Art. 48 Abs. 2 nachzuprüfen hat oder ob er insoweit bei seiner Entscheidung die Auffassung des Reichspräsidenten zugrunde zu legen habe, hat der Staatsgerichtshof bisher niemals Stellung genommen. Im vorliegenden Falle bedarf es einer Stellungnahme zu dieser Frage nicht, denn es ist offenkundig, daß die Verordnung vom 20. Juli in einer Zeit schwerer Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen wurde.

In jenem Zeitpunkt standen große politische Parteien einander bewaffnet in erbitterter Feindschaft gegenüber. Die Feindseligkeiten entluden sich fast täglich in blutigen, zahlreiche Menschenleben vernichtenden Ueberfällen. Zugleich aber bestand die ernste Gefahr, daß die innenpolitische Spannung sich noch weiter steigern und zu einer unmittelbaren Gefahr der Grundlagen unseres Verfassungslebens auswachsen werden. Die Voraussetzungen für ein Einschreiten auf Grund des Art. 48 Abs. 2 waren danach ohne weiteres gegeben.

Eine Ermessensüberschreitung würde dann vorliegen, wenn sich ergäbe, daß in der Verordnung vom 20. Juli Maßnahmen getroffen worden sind, die offensichtlich über den Zweck der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hinausreichten. Für eine solche Annahme fehlt es an einem Anhalt. Insbesondere ist eine Ermessensüberschreitung nicht darin zu erblicken, daß die Verordnung den Reichskommissar nicht nur gegenüber dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Minister des Innern, sondern auch gegenüber allen anderen preußischen Ministern zu einem Einschreiten ermächtigt hat.

Die Maßnahmen aus Artikel 48 Absatz 2 müssen nicht nur dem Zweck dieser Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung widersprechen, sondern sich auch in den unüberschreitbaren Grenzen halten, die sich aus dem Zusammenhang jener Vorschriften mit den anderen Bestimmungen der Reichsverfassung ergeben. Der Staatsgerichtshof hat sich in seiner bisherigen Rechtsprechung ständig zu der Ansicht bekannt,

daß der Reichspräsident, abgesehen von der ihm freigegebenen vorübergehenden Außerkraftsetzung und diesen Grundrechten an alle Vorschriften der Reichsverfassung gebunden ist, die nicht lediglich die Zuständigkeiten des Reiches gegenüber den Ländern oder die Zuständigkeiten der verschiedenen Reichsorgane gegeneinander abzugrenzen. An dieser Rechtsansicht ist festzuhalten.

Danach ist der Inhalt der angefochtenen Verordnung an sich zulässig, soweit er als eine bloße Verschiebung von Zuständigkeiten, als eine Uebertragung von geschäftlichen Befugnissen von der Landesregierung an ein Reichsorgan aufgefaßt werden kann.

Dagegen ist er mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, soweit durch die Verordnung in andere Vorschriften der Reichsverfassung eingegriffen wird.

Die preußische Regierung besteht zu Recht

Artikel 63 bestimmt, daß die Länder im Reichsrat durch die Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden. Diese Vorschrift ist, weil der Eintritt der Länder auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches nach Artikel 60 durch den Reichsrat ausgeübt wird, für die Länder von höchster Bedeutung. Diese Vertretung im Sinne des Artikels 48 Absatz 2 einem Lande zu entziehen und sie auf einen Reichskommissar zu übertragen, bedeutet eine wesentliche Beeinträchtigung der Stellung des Landes im Reiche und eine dem Wesen des Reichsrats widersprechende Veränderung seiner Zusammensetzung.

Hiernach geht es nicht an, einen Reichskommissar als Landesregierung einzusetzen und die verfassungsmäßig bestellten Minister ihres Amtes zu entheben. Die Veränderung läßt sich aber unter dem Gesichtspunkt der Zuständigkeitsverschiebung innerhalb der Grenzen, die sich hieraus ergeben, rechtfertigen. Die Befugnisse der preußischen Minister in Landesangelegenheiten konnten unter Belassung der gegenwärtigen Minister in ihrer Amtsstellung von der Landesstaatsgewalt abgetrennt und dem Reichskommissar als Reichsorgan übertragen werden.

Es muß die verfassungsmäßige Landesregierung als Organ des Landes selbst bestehen bleiben.

Im übrigen steht es beim Preußischen Landtag, durch Bildung einer neuen preußischen Landesregierung dem jetzigen Zustand ein Ende zu bereiten.

Mußte hiernach der preußischen Landesregierung die Ausübung des Stimmrechtes im Reichsrat belassen werden, so konnte ihr folgerichtig auch die Befugnis nicht entzogen werden, den vorhandenen Bevollmächtigten weiterhin Anweisungen für die Ausübung ihrer Rechte zu erteilen. Dem Reichskommissar konnte weder diese Befugnis noch das Recht übertragen werden, die bisherigen Bevollmächtigten im Hauptamt in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen oder neue Bevollmächtigte für den Reichsrat zu ernennen.

Dagegen lassen sich aus der Reichsverfassung im übrigen keine begründeten Bedenken gegen die Ausstattung des Reichskommissars mit der Befugnis herleiten, Beamte in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, zu ernennen, zu befördern oder zu entlassen.

Wenn dem Reichskommissar weiter die Befugnis zur Aufnahme von Anleihen für Zwecke des Landes gegeben wird, so erledigt sich diese Frage mit der sich aus Art. 65 der preußischen Verfassung ergebenden Bestimmung, wonach die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredites nur durch Gesetz erfolgen soll, also die Zustimmung des Landtages erforderlich ist.

Damit rechtfertigt sich die getroffene Entscheidung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193210 26-18/fragment/page=0002

HALLE

2. Blatt — Mittwoch, den 26. Oktober — Nr. 252

„Hitlerwetter"

Unbekümmert um politische Regierungen, herrschen in unerbittlicher Folge die vier Jahreszeiten. Frühling, Sommer, Herbst, Winter: Sie kommen einem unabänderlichen Naturgesetz nach. Ob eine politische Regierung im Sommer oder Winter zur Macht kommt, an diesem Gang der Dinge kann sie nichts ändern. Zwar hat mancher vom Cäsarenwahn Besessene in frevelndem Verlangen nach dem Mond gedroht, ihn herunterholen zu wollen; der gute Mond hat friedlich dazu gelächelt. Nur das Frühjahr 1932 schien eine Ausnahme machen zu wollen: Hitlerfrühling sollte es sein! Also schrieb — nicht nur — die Nazipresse: „Hunderttausende pilgerten hinaus, um den Führer zu hören; lachender Sonnenschein über deutscher Flur: Hitlerwetter! Keimen, Sprießen, neues Blühen überall, neues Hoffen in deutschen Herzen: Hitlerfrühling! Für eine kurze Spanne verdeckten Wolken den Sonnenschein, doch da — der Führer erscheint! — da bricht das Sonnenlicht machtvoll wieder durch und grüßt den Heros des erwachenden Deutschlands!"

Also war's im Hitlerfrühling!

*

So kam denn auch der Hitlersommer. Man hätte meinen sollen, die Blüte hätte Früchte angesetzt. Aber wohin man schaute, nichts war zu sehen. Die Blüten fielen ab. Rosen verblaßten, so wie Hakenkreuzfahnen blasser werden. Unkraut wucherte, so wie Schmarotzer in einer aufgeblähten politischen Bewegung sich breitmachen. Es sammelten sich die Zugvögel, um hinüberzufegeln zum andern Gestade, so wie Rechtsradikale zu den Linksradikalen hinüberfliegen. Nichts Gutes ahnend, verbutzelt selbst der Kuckuck, der aus Größenwahn immer nur sich selber nennt, in Nacht und Nebel über die deutsche Grenze . . .

*

Nun ist der Hitlerherbst gekommen! Die Nazibegeisterung ist erkaltet. Düstere Wolken am Himmel und über den Stirnen der Nazigötzen. Die Tiere, so es sich leisten können, legen sich einen Winterpelz zu; — das kleine Gesindel, so in Feld und Wald geduldet, mag sich in Erdlöcher verkriechen — auch im nationalen Lager gibt es solche mit Pelzen und solche mit Erdlöchern. Ochs und Esel haben ihre Arbeit getan, kommen an die Kette und kriegen ein Bündel Heu oder Schilf hingeworfen. Der Führer und die SS. haben ihre Schuldigkeit getan; die „Besitzer" haben geerntet — und vertrösten die hungernde SA. auf Steckrüben und Marmelade. Blätter fallen, Bäume werden kahl, — Uniformen werden fadenscheinig. Hakenkreuzfahnen verblassen und fallen ab. Niemand erneuert Uniformen und Fahnen. Es fehlt an Geld. Der Schulden sind noch viele von der letzten Wahl; die Zahl der Geldgeber ist zusammengeschrumpft; die Führer lassen die Nasen hängen: Herbststimmung! Hitlerherbst!

*

Und ihm wird folgen der Hitlerwinter mit Schnee und Eis und Frost und Sterben und Vergehen — und Heulen und Zähneklappern.

Doch: nie wieder ein Hitlerfrühling . . .!

Nazis auf frischer Tat geschnappt

Lichtscheue Propagandamethoden der „Aufbauwilligen".

Gestern abend gegen 9 Uhr haben vier Angehörige der NSDAP. bzw. der Hitlerjugend einen Schaukasten an dem Parteigeschäft der SPD. in der Großen Steinstraße gewaltsam erbrochen, ein Naziflugblatt darin angebracht und danach den Kasten wieder geschlossen. Sie hatten aber bei ihrem lichtscheuen Tun — trotzdem sie nach allen Seiten vorsichtig Ausschau hielten — großes Pech, denn ein zufällig in der Nähe weilender Reichsbannerfunktionär beobachtete die Gesellen und veranlaßte ihre polizeiliche Festnahme. Als die vier, die unschuldig wie immer taten, am Polizeirevier angelangt waren und der Beamte ihnen einen Moment den Rücken kehrte, um zu klingeln, ergriff der eine Nazi plötzlich die Flucht, damit das schlechte Gewissen ganz besonders offenbarend. Die anderen drei wurden aber namentlich festgestellt und werden die entsprechenden Folgen für ihr Tun zu tragen haben.

Wir werden den Herrschaften beweisen, daß ihre Zeit ein für allemal vorüber ist. Auch solche Methoden der „Propaganda" werden den Zusammenbruch ihrer „Bewegung" nicht mehr verhindern können.

Ortsbezirksversammlungen finden statt am Donnerstag, dem 27. Oktober, 20 Uhr:

2. Ortsbezirk: Müllers Restaurant in Cröllwitz.

3. Ortsbezirk: „Zum gemütlichen Fritz", Kleine Brauhausstraße.

Volk, hab acht!

Frecher Nazi-Wahlschwindel

Die Nazi-Schlammflut ergießt sich über das Land, damit das arbeitende Volk schlachtreif gemacht werden kann

Bisher hielten die Nazis ihre Wählermassen durch die Millionen, die aus den Kassenschränkender Kapitalisten flossen. Dieser Strom ist in letzter Zeit versiegt, da die Industriellen und Großagrarier in Herrn von Papen einen weit billigeren Bekämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung haben. Infolgedessen kann Hitler den Lumpenproletariern, die sich in seiner SA. und SS. zusammengefunden haben, nicht mehr den hohen Sold zahlen wie früher.

Verständlich, daß er deshalb jetzt in der Wahlagitation einen scheinradikalen Ton gegen die Sozialdemokratie anschlagen läßt, um diese ganz im Sinne der Kommunisten als hundertprozentige Kapitalsknechte bloßzustellen und seine Partei als die einzige Arbeiterpartei den werktätigen Massen anzupreisen. Hitler selbst hat zwar am Sonnabend in Halle sich durchaus nicht in dieser Weise als Vorkämpfer einer revolutionären Arbeiterschaft aufgespielt. Sein Publikum bestand in der Hauptsache aus Agrariern und Kleinbürgern, die jahrelang gerade durch die Nazis in einen wütenden Klassenhaß gegen die Arbeiterschaft aufgehetzt wurden. Da aber die Nationalsozialisten selbst einsehen, daß sie ohne die Stimmen der Millionen Arbeiter in Deutschland einen Wahlerfolg nicht erzielen können, versuchen sie heute durch Anschlag eines Plakates in demagogischer Weise Arbeiterstimmen für sich einzufangen. Dieses Plakat richtet sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie, ein Beweis dafür, daß auch die Nationalsozialisten die Sozialdemokratie immer noch als die stärkste Arbeiterpartei anerkennen müssen.

Dieses derlogene Nazi-Plakat

sei ein wenig unter die Lupe genommen. Es enthält u. a. folgende Behauptungen:

„Die SPD. führt einen Scheinkampf gegen Papen. Die SPD. wäre in der Lage gewesen, Papen zu stürzen, wenn sie den Generalstreik ausgerufen hätte. Sie sabotiert jeden Streik und hilft Papen."

Soviel Worte, soviel Schwindel.

Die Sozialdemokratie hat die Papensche Regierung der „Junker und feinen Leute" von Anfang an aufs schärfste bekämpft. Die Nationalsozialisten aber waren es, die im Reich Herrn von Papen und in Preußen den Staatskommissar Dr. Bracht zur Macht verholfen haben. Dafür nur zwei Beweise: Der neuernannte nationalsozialistische Gauleiter für Schleswig-Holstein, Herr Meyer-Quaade, hat bei seiner Vorstellung vor der Kieler SA. sich über das Verbot eines beabsichtigten Fackelzuges beklagt. Nicht der Kieler Polizeipräsident habe den Fackelzug verboten, so sagte er, sondern Herr Bracht. Und Herr Meyer erklärte dann weiter wörtlich:

„Dieser Herr Bracht verbietet uns so etwas und vergißt dabei ganz, daß er erst durch uns dort oben auf seinem Sitz amtswalten darf."

Und noch ein Beweis: Am 30. Mai d. J. fand eine Unterredung zwischen Hitler und Hindenburg statt, die der Betrauung Papens unmittelbar voranging. **Dabei hat Hitler dem Reichspräsidenten erklärt, er wolle eine dem Vertrauen des Reichspräsidenten berufene nationale Regierung unterstützen.** Wir wissen nicht, ob die Nationalsozialisten den Mut aufbringen, diese Feststellung abzuleugnen, die vom Reichspräsidenten Hindenburg gedeckt wird.

Und nun die Nationalsozialisten als Befürworter des Generalstreiks! Gerade die Nazis waren es, die 13 Jahre lang das Bürgertum gegen die sozialistische Arbeiterbewegung hetzten, weil diese als Mittel ihres Kampfes unter Umständen auch Streik und Generalstreik gebrauchte. Es war ein führender Nationalsozialist, der 1929 die Worte sprach:

„Wir würden mit den marxistischen Streikhetzern und Generalstreiklern in wenigen Tagen aufräumen. Jeder Streikführer und jeder gehnte Streikende an die Wand gestellt und Sie sollten sehen, wie den Marxisten innerhalb 24 Stunden jede Streiklust vergehen würde."

Aehnliche Aussprüche führender Nationalsozialisten liegen zu Dutzenden vor. Und plötzlich verlangen die Nazis von der Sozialdemokratie, daß sie den Generalstreik hätte ausrufen sollen, um Papen zu stürzen! **Nicht etwa, damit dann eine** marxistische oder wenigstens demokratische Regierung ans Ruder käme, sondern um Adolf Hitler den Weg zum Reichskanzlersessel und zur Diktatur zu ebnen. Diesen Gesellen hat natürlich die Sozialdemokratie den Nazis nicht getan; deshalb nun der wütende Haß der Hakenkreuzler, der sich auf den Anschlagsäulen austobt. Da heißt es nämlich weiter: „Die SPD. toleriert die Notverordnungen Papens." Dieser freche Schwindel ist eigentlich gar zu dumm, als daß man gegen ihn noch polemisieren müßte. Immerhin sei festgestellt, daß die SPD. nicht nur in tausenden Versammlungen Papens Notverordnungen aufs schärfste bekämpft hat, sondern daß sie auch einen

Antrag auf Einleitung eines Volksentscheides über die Papenschen Notverordnungen

schon vor längerer Zeit eingebracht hat. Die Reichsregierung hat dieses Volksbegehren allerdings noch immer nicht zugelassen, aber diese Reichsregierung ist ja nicht mit Hilfe der SPD., sondern Hitlers geboren worden.

Natürlich muß in einem Naziplakat gegen die Sozialdemokratie auch in Antisemitismus gemacht werden, und so heißt es in dem Plakat: „Die SPD. mißbraucht nach wie vor die deutschen Arbeiter für die Bankfürsten, z. B. Jakob Goldschmidt." Wir stellen fest, daß die Sozialdemokratie mit diesem Herrn nichts zu tun hat, daß aber gerade die Nazis mit ihm zum mindesten indirekt in Beziehung stehen. Der Großindustrielle Thyssen begrüßte doch vor kurzem Hitler in Düsseldorf mit dem Faschistengruß und ließ Adolf vor den Großindustriellen eine Rede halten, die die Geldschrankgewaltigen mit großem Beifall aufnahmen. Dieser Hitlerfreund Thyssen aber sitzt in der Leitung seiner Vereinigten Stahlwerke zusammen mit . . . Jakob Goldschmidt.

Der einzige wahre Satz in dem Naziplakat lautet: „Die SPD. wählte Hindenburg." Das tat sie aber nicht aus politischer Uebereinstimmung mit dem Generalfeldmarschall, sondern

um die Wahl des Faschistenhäuptlings Hitler zum Reichspräsidenten zu verhindern.

Das ist ihr gelungen, und deshalb auch diese Wut der Nazis auf die SPD. Aber wurde die Sozialdemokratie im Kaiserreich mit dem berüchtigten Reichslügenverband fertig, so wird der Nazischwindel an unseren Plakatsäulen die Wähler erst recht belehren, daß es gegen diese Wahldemagogie anzukämpfen gilt unter dem Freiheitsbanner der SPD., damit Wahrheit und Anständigkeit im deutschen Volk wieder anerkannt werden. Darum fort mit Hitler und Papen!

Wählt Liste 2.

Kommunisten für Papens Notverordnung

Der „Klassenkampf" macht aus einer Niederlage einen „roten Sieg"

Von der Bezirksleitung des Baugewerksbundes wird uns zu dem höchst zweifelhaften RGO.-Erfolg geschrieben: Der „Klassenkampf" vom 24. Oktober bringt unter der Ueberschrift: „Roter Streiksieg in Halle" die Mitteilung, daß der Streik der Bauarbeiter mit Erfolg abgebrochen wurde. In diesem Artikel wird versucht, aus einer jämmerlichen Niederlage der RGO.-Strategen einen Sieg zu machen. Man muß schon ein hohlköpfiger Kommunist sein, um ein solches Kunststückchen fertigzubringen. Mit solchen „Siegesmeldungen" soll weiter nichts erreicht werden, als die ganze Unfähigkeit dieser „revolutionären Klassenkämpfer" bei Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft zu verdecken. Dabei wollen wir noch feststellen, daß über Nacht aus verfassungsfeindlichen Elementen Verfassungsfreunde geworden sind.

Wer hätte das gedacht, daß die Kommunisten durch die Vereinbarung, die sie mit den Unternehmern getroffen haben, die Papensche Notverordnung vom 5. September 1932 anerkennen! Wo bleibt da die radikale revolutionäre Bekämpfung der Notverordnung?

Während die freien Gewerkschaften die Notverordnung wegen des Tarifeinbruchs als verfassungswidrig bekämpfen, sind es die Kommunisten, die die Papen-Regierung in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft noch unterstützen. Gibt es denn noch einen größeren und jämmerlicheren Verrat an der Arbeiterklasse? Wieweit ist doch die Moral der Moskauer gesunken! Hätten die Baugewerksbunds-„Bonzen" eine solche Vereinbarung mit den Bauunternehmern abgeschlossen, würde der „Klassenkampf" ein halbes Jahr lang nicht aufhören, über Verrat und Verbrechen an der Arbeiterklasse zu schreiben. So zeigt denn auch der Artikel in seiner ganzen Nacktheit, wie der „Klassenkampf" versucht, die wirkliche Tatsache, daß es über das Zustandekommen der Vereinbarung den Bauarbeitern vorzuenthalten.

Nur zwei von einem freien Gewerkschaftler kaum ernst genommene Drohungen der Unternehmer haben genügt, um das Herz dieser „revolutionären Helden" in das Kellergeschoß ihrer Hosenbeine rutschen zu lassen. Schon die eine Drohung, wenn die Arbeit nicht aufgenommen wird, muß der Schlichter entscheiden, gab den Moskaujüngern Anlaß, sich

verhandlungs- und vereinbarungsfreudig

zu zeigen. Als dann noch die andere Drohung der Unternehmer hinzukam, sämtliche Lehrlinge aus Halle und Umgegend zur Fertigstellung der Arbeiten zusammenzuziehen, ging aller Radikalismus vor die Hunde. Rasch schloß man die Vereinbarung, die einen Lohnabbau von 25 Prozent für die kommende Lohnwoche vorsieht. **Wenn das kein Verrat an den Interessen der Bauarbeiterschaft ist, möchten wir wissen, was dann noch Verrat ist.**

Die irregeführten und irregeleiteten Bauarbeiter sollten aus diesem feigen und schmählichen Verhalten der RGO.-Strategen endlich erkennen, daß nur der Deutsche Baugewerksbund die Organisation ist, die wirklich die Interessen der Bauarbeiterschaft vertreten kann. Nirgends hat der Baugewerksbund freiwillig einem Lohnabbau zugestimmt, wie es hier unter der Führung der RGO. geschehen ist. Ueberall haben es die so arg geschmähten „Bonzen" verstanden, jeden auf Grund der Notverordnung geplanten Lohnabbau zu verhindern. **Nur der RGO. blieb es vorbehalten, unseren Lohn- und Arbeitsbedingungen so schmählich in den Rücken zu fallen.**

Stimmscheine diesmal wenig gefragt

Die Vorbereitungen für den 6. November.

Bei allen Wahlen in diesem Jahre war die Zahl der Stimmberechtigten immer etwas gestiegen. Diesmal haben 157 826 Hallenser das Recht zu wählen, um 53 weniger als am 31. Juli. Der geringe Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß in der Zeit, die für die Zusammenstellung der Wählerlisten berücksichtigt wurde, das neue Universitätssemester noch nicht begonnen hatte. Waren aber beim letzten Male 10 539 Stimmscheine ausgestellt worden, so sind es in Halle bisher nur rund 500. Es besteht diesmal also fast gar kein Interesse dafür.

Die Zahl der Wahlbezirke ist unverändert geblieben und beträgt wieder 114. Ein Wechsel ist nur innerhalb des 81. und 83. Wahlbezirks eingetreten, den die Bewohner der **Flottwellstraße, Gustav-Herzberg-Straße, Nickel-Hoffmann-Straße** und **Lutherstraße** beachten müssen. Die Flottwellstraße und Nickel-Hoffmann-Straße wählen am 6. November nicht mehr im 81., sondern im 83. Wahlbezirk. Dafür sind andererseits die Bewohner der Nickel-Hoffmann-Straße und Lutherstraße statt im 83. zukünftig im 81. Bezirk zuständig.

3 Jahre 3 Monate Zuchthaus

Die Strafanträge im Schwarz-Prozeß.

Im Prozeß gegen den Bankier Schwarz beantragte der Staatsanwalt am Dienstagnachmittag 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und sofortige Verhaftung. 6 Monate der erlittenen Untersuchungshaft sollen angerechnet werden.

Die Begründung des Strafantrags nahm nahezu vier Stunden in Anspruch. Der Angeklagte wurde vom Staatsanwalt zunächst des Konkursvergehens in Tateinheit mit Konkursverbrechen für schuldig befunden. Er habe Falschbuchungen vorgenommen und falsche Bilanzen aufgestellt und sich weiter des fortgesetzten Vergehens gegen das Depotgesetz schuldig gemacht, ferner der fortgesetzten Untreue durch Veräußerung von fremden Wertpapieren, im Falle des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193210 26-18/fragment/page=0003

Mitteldeutschen Reisebüros der fortgesetzten Unterschlagung und der Untreue. Schließlich sah der Staatsanwalt Betrug gegenüber den Banken und einzelnen Privaten als bewiesen an. Bei den Banken habe sich Schwarz durch gefälschte Bilanzen weiteren Kredit erschlichen. Namentlich aber rügte der Staatsanwalt den zu großen Geldverbrauch des Angeklagten sowohl durch übergroßen Aufwand wie durch Börsentermingeschäfte, wobei er mit Wertpapieren operierte, die gar nicht sein Eigentum waren.

Dem Antrag auf sofortigen Wiedererlaß eines Haftbefehls wurde vom Gericht nicht entsprochen. — Am Freitag werden die beiden Verteidiger zu Worte kommen, für deren Plädoyers ein ganzer Verhandlungstag in Aussicht genommen ist. Das Urteil ist voraussichtlich am Montag zu erwarten.

*

Das Schöffengericht in Dessau verurteilte den Bankier Häsche von der vor Jahresfrist zusammengebrochenen Privatbankfirma Höse & Christ wegen Depotverbrechens zu 2 Jahren Zuchthaus. Häsche hatte fremde Wertpapiere als Sicherheit für eigenen Kredit bei Berliner Großbanken zu einer Zeit hinterlegt, als die Ueberschuldung bei der Bank schon feststand. Darüber hinaus wurde Häsche des Betrugs, der Untreue und der Bilanzverschleierung für schuldig befunden.

Bankherr Schwarz droht also bestimmt das Zuchthaus.

Nächtliches „Malen" ist strafbar

Vor den Wahlen werden recht häufig Straßen und Häuser bemalt. Das Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. hatte sich unlängst mit dieser Frage zu beschäftigen. Während das Amtsgericht gegen einen Angeklagten, welcher Gegenstände im öffentlichen Gelände durch Wahlaufrufe bemalt hatte, auf Freisprechung erkannt hatte, da alle Menschen an solche Malereien während der Wahlen gewöhnt seien, erklärte das Oberlandesgericht die Vorentscheidung für verfehlt und führte u. a. aus, der Angeklagte habe gegen § 360 (11) des Reichsstrafgesetzbuches verstoßen und groben Unfug verübt.

Das Bemalen von Gegenständen des Öffentlichen Gebrauchs mit Wahlaufrufen sei als ein Auswuchs politischer Propaganda anzusehen. Es verstoße gegen die Verkehrssitte, werde von allen verständigen Menschen unbedingt verurteilt und sei als grober Unfug anzusehen.

Zum Kartoffelverkauf

teilt der ADGB.-Ortsausschuß mit: Infolge Einsetzens des schlechten Wetters sind wir nicht in der Lage, die Kartoffeln in den erforderlichen täglichen Mengen heranzuschaffen. Der Kartoffelverkauf findet deshalb am Donnerstag im Straßenbahndepot (Roßplatz) und am Sonnabend in der Artilleriekaserne statt. Die Ausgabe im „Volkspark" wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.

Die Winterhilfe sammelt.

Am Freitag: Argonnenstr., Talstr., Dölauer Straße, Lettiner Str., Schwuchstr., Kirschweg, Krellwitzer Str., Lothringer Str., Wäsäjer Str., Heber Weg, Wörthstr., Tannenbergstr., Weißenfelserstr., Bogenstr., Belforstr. — Sonnabend: Felsenstr., Rainstr., Fährstr., Fuchsbergstr., Kirchbergweg, Saarlandstr., Mittelkindstr., Platanenstr., Fasanenstr., Tiergartenstr., Angerweg, Seebener Str., Wasserweg, Rauchfußstr.

Wann darf gehupt werden?

Ein neuer Schritt der Polizei zur Bekämpfung des unnützen Straßenlärms

Vom Polizeipräsidium wird uns geschrieben:

Schon seit Jahren werden dauernd Klagen über das viele, rücksichtslose und zu laute Hupen der Kraftfahrzeuge geführt und die Polizeibehörden aufgefordert, die schärfsten Maßnahmen hiergegen zu ergreifen. Leider wird hierbei niemals berücksichtigt, daß den Polizeibehörden Grenzen in der Bekämpfung dieses Uebelstandes durch die bestehenden Bestimmungen gezogen sind.

Da erst in letzter Zeit zwei Städte — Wiesbaden und Stuttgart — besondere Maßnahmen gegen das Hupen unternommen haben, erscheint es angebracht, die zur Zeit gültigen Bestimmungen über das Hupen und die daraus sich ergebenden Aufgaben der Polizeibehörden einmal kurz zu streifen. Das Hupen regelt der § 19 der Reichsverordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 10. Mai 1932.

Dem Führer eines Kraftfahrzeugs ist danach das Hupen

a) **zur Pflicht gemacht, wenn durch das Herannahen seines Kraftfahrzeugs Wegebenutzer oder Fußgänger gefährdet werden;**
b) **gestattet bei Ueberholen, soweit gefährdet;**
c) **verboten, um dem Kraftfahrzeug ein rascheres Vorwärtskommen zu ermöglichen.**

Der Verordnungsgeber hat mit dieser neuen Fassung des § 19 in der Bekämpfung des Hupenlärms einen Schritt vorwärts getan. Während bisher „der Führer überall dort, wo die Sicherheit des Verkehrs es erfordert, durch deutlich hörbares Warnungssignal rechtzeitig auf das Nahen des Kraftfahrzeugs aufmerksam zu machen hatte", sind ihm jetzt die aufgeführten Beschränkungen auferlegt worden.

Da das Ueberholen nach § 23 Ziffer 4 der neuen Verordnung an Wegkreuzungen, Eisenbahnübergängen in Schienenhöhe, unübersichtlichen Wegestellen und Stellen, an denen die Fahrbahn durch andere Wegebenutzer oder in sonstiger Weise verengt ist, verboten ist, ist auch hier eine wesentliche Einschränkung des Hupens erfolgt.

Der allergrößte Erfolg gegen das Hupen wird zweifellos erst dann erreicht sein, wenn alle Wegebenutzer, besonders die Fußgänger, die Verkehrsvorschriften genau beachten.

Dann wird der Kraftfahrer nicht in die Notwendigkeit kommen, sein Herannahen durch Hupen anzuzeigen. Die Kraftfahrer müssen wiederum so rücksichtsvoll fahren, gegebenenfalls halten, daß das Angeben von Signalen nicht notwendig wird. Besonders ist dies zu beachten beim Rechtsabbiegen an Wegekreuzungen, wenn der Strom der Fußgänger gekreuzt werden muß.

Nach Vorstehendem kann und darf es nur Aufgabe der Polizei sein, auf genaue Befolgung der Verkehrsvorschriften durch alle Wegebenutzer zu achten und gegen Verstöße gegen jedermann erst belehrend und verwarnend, und wenn dies nicht den erhofften Erfolg hat, durch Bestrafungen einzuschreiten.

Aber auch diese Aufgabe der Polizei wird Stückwerk bleiben. Ohne Selbstzucht oder Selbsterziehung der Wegebenutzer in Verkehrsfragen, d. h. ohne Verkehrsdisziplin, ist heute eine Verkehrsregelung, besonders in den Großstädten, und damit verbunden ein erträglicher Zustand des Verkehrslärms kaum denkbar.

„Herr Graf" auf Dummenfang

Ein Geschäft, das immer noch geht.

Der Kaufmann Rudolf Hoffmann aus Halle, der sich als Fabrikbesitzer in Dürrenberg, als Teilhaber einer Sektkellerei sowie einer Buchdruckerei versucht hatte, ohne auf einen grünen Zweig zu kommen, machte die Bekanntschaft eines durch Adoption in den Grafenstand erhobenen Reisenden. Das brachte H. auf den Gedanken, ebenfalls als Graf aufzutreten und auf diese Weise etwas zu verdienen. Auf ein Inserat „Wer will Gräfin werden?" meldete sich u. a. eine vermögende Dame, die von Hoffmann tüchtig geschröpft wurde. Sein unredliches Verhalten hat Hoffmann nun, nachdem auch das Reichsgericht seine Revision als unbegründet verworfen hat, mit einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten und 1000 Mk. Geldstrafe zu büßen.

Verbilligte Briketts für Erwerbslose.

Wie in früheren Jahren wird der Braunkohlenbergbau, wie verlautet, auch in diesem Jahre ein Kontingent verbilligter Braunkohlenbriketts für die Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen zur Verfügung stellen. Die Verteilung der Kohlen erfolgt durch Ausgabe von Bezugsscheinen von den Bezirksfürsorgeverbänden und Arbeitsämtern. Verhandlungen schweben noch.

Ein „Spezialist" verhaftet.

In letzter Zeit sind verschiedentlich Diebstähle in Mansardenstuben vorgekommen, wobei dem Täter erhebliche Werte in die Hände gefallen sind. Am Montag gelang es der Kriminalpolizei einen solchen Dieb festzunehmen. Nach längerem Leugnen gab er die Tat zu. Das gesamte Diebesgut aus diesem Einbruch konnte wieder herbeigeschafft werden.

Zusatzabkommen für Gemeindearbeiter.

Zu dem am 1. Oktober in Kraft getretenen Reichsmantelartiarvertrag für die im Betriebs- und Verkehrsdienst beschäftigten Arbeitnehmer kommunaler und anderer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen ist ein bezirkliches Zusatzabkommen für Mitteldeutschland abgeschlossen worden.

Die Eier werden teurer

Als die Regierung von Papen vor einigen Wochen den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag kündigte, war eine beträchtliche Zollerhöhung für die Eiereinfuhr nach Deutschland zu befürchten. Diese Zollerhöhung ist jetzt eingetreten. Der Zoll, der bisher 5 Mk. betrug, verzehnfacht sich auf 50 Mk.

Der erhöhte Zoll bedeutet, daß sich das Ei in Deutschland um 3,5 Pfennig verteuert. Wofür sollen die Konsumenten das Geld nehmen? Sie können es nicht stehlen. Also werden sie weniger Eier essen und kaufen. Die Gewinn- und Absatzmöglichkeiten für die Hühnerhalter verringern sich damit. Die Zeiten sind vorbei, wo man die Dinge mit Zöllen einrenken konnte. Dem deutschen Erzeugnis kann nur durch Verbilligung von Futtergetreide geholfen werden, nicht durch Zoll.

Unsere Wehrpflicht für die Freiheit

KPD. kämpft mit der Verleumdung dagegen an.

Das hallische Kommunistenblatt brachte dieser Tage einen „Bericht" von einer Rede, die der Bundesführer des Reichsbannerz, K. Höltermann, bei einem großen Schufo-Appell in Hamburg gehalten hat. Was das Kommunistenblatt über diese Rede seinen Lesern vorsetzt, gehört zu den

tollsten Verdrehungs- und Fälscherkunststücken,

die man im Laufe der Jahre bei den Kommunisten erlebt hat. Die Leute in der kommunistischen Zeitungsredaktion wissen, daß Höltermanns Parole „Allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit" die Mobilisierung der wehrfähigen Arbeiterschaft, ihre Einreihung in die Freiheitswehr bedeutet — zum Kampfe für die Freiheit. Ja, das Kommunistenblatt berichtet sogar den Passus in der Höltermann-Rede „Allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit", um wenige Zeilen darauf zu behaupten, Höltermann habe damit die „allgemeine Wehrpflicht im kapitalistischen Staat", also eine andere staatliche Wehrverfassung, die „militärische Unterjochung der werktätigen Massen", gemeint. Dann fragt das Kommunistenblatt: „für welche Freiheit", und unterschlägt seinen Lesern die klare Antwort, die Höltermann in Hamburg darauf gegeben hat. Höltermann sagte wörtlich:

„Allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit! Gewiß ist die Gefahr des Hitlerismus nicht vorüber, aber größer ist die Gefahr, die der Freiheit durch die faschistisch-monarchistische Restaurationsbewegung erwächst, die die Macht zurückerobert hat. Größer ist die Gefahr Papen-Schleicher. Die Regierung Papen-Schleicher plant Verfassungsänderungen. Diese Pläne bedeuten nichts anderes als den Versuch, den deutschen Arbeiter politisch und gesellschaftlich rechtlos zu machen.

Den Kampf gegen die faschistisch-monarchistische Restauration können wir nicht mit Versammlungen und nicht mit dem Stimmzettel allein gewinnen. . . . Wehrsport ist einer der Wege. Wir betreiben Wehrsport um der Freiheit willen."

In diesem Sinne rief Höltermann die Parole aus:

„Allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit, um das Reichsbanner zu einem unüberwindlichen Machtfaktor zu machen."

An dieser Größe der Auffassung vom Kampf um die Republik kann man die Niedrigkeit und Gemeinheit des „antifaschistischen" Schwindels ermessen.

Mutterschulkursus. Das Säuglingsheim in der Stadt Halle, „Emilienheim", Giebichensteiner Ufer 6, wird wieder wie bisher einen unentgeltlichen Mutterschulkursus für Frauen und Mädchen ohne Unterschied des Standes abhalten. Der Lehrgang beginnt am 3. November, dauert sechs Wochen und findet wöchentlich einmal, Donnerstags von 16 bis 18½ Uhr, statt. Anmeldungen umgehend erbeten.

Weitere Erleichterung für die mitteldeutsche Ausfuhr. Das im Besitz der Mitteldeutschen Hafen AG. befindliche Saaleufer am Hafen Halle-Trotha ist als zollamtlich erlaubter Lösch- und Ladeplatz erklärt worden. Für die mitteldeutsche Ausfuhr ergibt sich bei Benutzung des billigen Wasserweges also eine weitere Erleichterung.

Weiße Zähne: Chlorodont

Fahrrad-Karbidlampen RM. 1.95 — Dynamo-Anlage RM. 6.50 .·. Möller, Schmeerstraße 1 (am Markt).

Der Mann mit dem Jagdschein

Roman von Georg Strelisker

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

20) (Nachdruck verboten.)

Seit drei Tagen lebt Berlin in einem Taumel und die Welt wird von diesem Taumel mitgerissen. Am vierten Tag erreicht der „Reichskurier" eine Auflage von einer halben Million. Herr Billwein bricht seinen Urlaub in den Bergen plötzlich ab und eilt spornstreichs in die Hauptstadt zurück. Der Reichspräsident veranstaltet zu Ehren des Staatssekretärs Cobbin ein Festessen. Der russische Gesandte in Berlin spricht beim Auswärtigen Amt vor, führt eine stundenlange Unterredung mit dem Reichskanzler, dann heißt es, die bisher bestandenen Differenzen seien vorerst im zwanglosen Gedankenaustausch überbrückt, man stehe jetzt vor einer bedeutsamen politischen Wendung, die Spannung — von der kein Mensch eine Ahnung hatte — sei überwunden, erfolgversprechende Verhandlungen lassen für die Zukunft ein enges Zusammenarbeiten zwischen Rußland und dem Deutschen Reich erwarten. Niemand weiß, was dieser plötzliche Schritt des russischen Gesandten bezwecken sollte.

Nur im Auswärtigen Amt ist man genau unterrichtet. Gleich am Tage seiner Rückkehr nach Berlin war Smut in Begleitung des amerikanischen Staatssekretärs dort erschienen, um die auf so rätselhafte Weise verschwundenen Akten zurückzustellen und die ehrenwörtliche Versicherung abzugeben, daß er im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens Amerikas und Deutschlands über den Inhalt der aufgefundenen Dokumente strengstes Stillschweigen bewahren werde. Mit wenigen Worten deutete er an, in welche Hände die Papiere gespielt worden sollten. Aber am gleichen Nachmittag war auch der russische Gesandte, der offenbar schon Wind bekommen hatte, beim Reichskanzler erschienen, um seine Bereitwilligkeit zur Aufnahme von Verhandlungen zu erkennen zu geben. Ein paar Stunden später war der Vertrag mit Cobbin unterzeichnet.

Rätselhaft blieb noch immer, wie die Akten gestohlen wurden. Das Außenministerium erteilte den Auftrag zu einer peinlichen Disziplinaruntersuchung. Legationsrat Hellinghaus, der Madame Lideanu empfangen hatte, wurde bis zur Aufklärung der Affäre zur Disposition gestellt. Smut erhielt eine Audienz beim Reichspräsidenten, der ihm den Dank der deutschen Nation übermittelte und bei dieser Gelegenheit ein Loblied auf die Presse anstimmte, das Stunden darauf in Fettdruck in sämtlichen Berliner Blättern wiedergegeben und durch ausführliche Kommentare erläutert wurde.

Am gleichen Tage wählte der Verein „Berliner Presse" Smut in den Vorstand und überreichte ihm einen silbernen Bleistift als Ehrengeschenk. Der Reichskanzler richtete ein in sehr schmeichelhaftem Tone gehaltenes Handschreiben an ihn, während man im Auswärtigen Amt allen Ernstes beriet, ob man Smut, nachdem er sich zur Diskretion eidlich verpflichtet hatte, nicht als lästigen Ausländer ausweisen solle, um auf diese Weise alle Verbindlichkeiten für die Zukunft los zu sein. Nur der Umstand, daß man erfuhr, ein Agent der französischen Regierung hätte bei Smut vorgesprochen und ihm eine Riesensumme angeboten, wenn er sich verpflichten würde, seine Enthüllungen" über die Flugzeugerfindung des Ingenieurs Sinclair einzustellen, brachte die Vortragenden Räte des Auswärtigen Amtes von ihrem Vorsatz ab. Doch blieb ein tiefer Aerger, der sich zu einer innerlichen Empörung verdichtete, zurück, weil so ein windiger amerikanischer Reporter es gewagt hat, die Herren des Ministeriums und der Staatspolizei durch seine Findigkeit zu übertreffen.

Wie dem auch immer sei — die platzende Bombe hat ihre Schuldigkeit getan, der europäische Friede ist wieder gesichert, überall bemüht man sich, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, es regnet Freundschaftsversicherungen, Abrüstungsgerüchte schwirren auf, die Veränderungen in den Kabinetten werden perfekt: Minister gehen, Minister kommen, lebhafte Bereitschaft im diplomatischen Dienst, großartige Empfänge, neuerliche friedfertige Beteuerungen, die Börse erholt sich, die Kurse steigen, die Erregung legt sich, neue Abkommen werden geschlossen und die Welt bekommt wieder ein freundliches Gesicht, während der Geisterspuk in den Spinnstuben der Diplomaten frisch, fröhlich und geschäftig von vorn beginnt.

Die Theater füllen sich langsam wieder, vor den Kinos stellen sich die Leute an, der Massenmörder Kuderna erlangt die frühere Popularität wieder, der Zirkus Hagenbeck floriert, Tikirako, der indische Wunderfakir, kann vor einer dichtgedrängten Zuschauerschar seine fabelhaften Experimente zeigen, das entsetzliche Erdbeben auf Sumatra findet nachträglich durch erste Fachgelehrte eingehende und viel beachtete Besprechungen in den Tageszeitungen, der fürchterliche Brand in Chikago lodert in den Kinowochenschauen, von neuem auf, das übliche Feuilleton tritt wieder in seine Rechte.

„Sehen Sie, lieber Smut", sagt Herr Billwein, der Verlagsdirektor, nachdem er in einer Konferenz den versammelten Redakteuren seine schrankenlose Bewunderung über den fulminanten Aufschwung des „Reichskurier" zum Ausdruck gebracht hat, „Ihr Debüt war einfach grosartig. Die Welt stand ein paar Tage auf dem Kopfe. Unser Blatt hat mit einem Schlage einen Weltruf erlangt . . ."

„Und die dreitausend Emmchen, die Ihr Chefredakteur Krahl schweren Herzens anweisen ließ waren nicht umsonst ausgegeben", ergänzt Smut mit einem Seitenblick zu Krahl, der diesen Dieb wortlos einsteckt. Er hat es endgültig aufgegeben, diesem Amerikaner gegenüber seinen Autoritätsstandpunkt zu betonen.

„Herr Krahl kannte Sie noch nicht", sucht Billwein seinen Oberstkommandierenden zu entschuldigen, „wäre ich hier gewesen, ich hätte Ihnen einen Panzerkreuzer zur Verfügung gestellt. Ich kenne Ihr Genie, Herr Smut, und ich weiß dieses auch in seiner ganzen Größe einzuschätzen."

„Ihre Enthüllungen sind das bedeutendste journalistische Ereignis seit Jahrzehnten. Aber wir dürfen nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Wir müssen unseren jungen Ruhm rechtfertigen. Die Welt will Neues haben! Die halbe Million Leser, die wir schon hatten, ist im Begriffe, sich wieder in alle Winde zu zerstreuen. Das darf jedoch auf keinen Fall geschehen! Darum, mein lieber Smut, richten sich alle Blicke auf Sie. Sie dürfen nicht stehenbleiben, Sie . . ."

„Ich", unterbricht ihn Smut und klemmt sein Einglas fred ins Auge, „habe vom Nachtexpreß das Angebot erhalten, für das dreifache Salär, das ich hier beziehe, in seine Redaktion einzutreten . . ."

Der Verlagsdirektor erbleicht.

„Ich", fährt der Reporter seelenruhig fort, „erhielt ferner von drei großen reichsdeutschen, zwei französischen und vier englischen Zeitungen telegraphische Engagementsanträge, die einander in jeder Hinsicht überbieten; überdies depeschierten „New York Times", man werde mich zu den bevorstehenden amerikanischen Wahlen als Kandidaten aufstellen, ich müsse sofort nach Neuyork zurückkommen, man sei schon im vornherein mit allen meinen Ansprüchen einverstanden, ich . . ."

„Wir verdreifachen Ihnen ebenfalls Ihr Gehalt", fällt ihm da der Verlagsdirektor schnell ins Wort, „wir sind bereit, etwaige neue Forderungen Ihrerseits nach Möglichkeit zu erfüllen."

„Gut", sagt Smut, „ich hege nicht die Absicht, nach so kurzer Zeit meine Wirksamkeit bei Ihrem Blatte zu beendigen. Mir gefällt es soweit ganz gut in Deutschland. Ich bin von der Unterredung mit Ihrem Reichspräsidenten einfach entzückt. Ich finde Sie alle einfach reizend. Ich bin ja schließlich in diesem Lande geboren und gebe die Hoffnung nicht auf, daß eines Tages hier doch ein Mann kommen wird, der etwas von Politik versteht. Und wenn Sie sich bereit erklären, gewisse Ansprüche meinerseits wohlwollend zu berücksichtigen, so möchte ich Sie zuerst bitten, Ihren Leib- und Kammerdiener am Hauptportal, der vor Würde am Ersticken ist, zum Teufel zu jagen oder zumindest an eine Stelle zu setzen, wo er mir, wenn ich dieses Haus betrete, nicht mehr unter die Augen gerät, zweitens aber mir den Gefallen zu erweisen, eine Zeichnerin, von deren künstlerischen und journalistischen Talenten, um von den anderen lieber nicht zu reden, ich eine besonders hohe Meinung besitze, als erste Illustrationskraft anzustellen. Diese Dame heißt Rita Malinger, steht bereits in Ihrem Wartezimmer und wartet auf die Ausfolgung des Anstellungsdekrets, das ich bereits aufgesetzt und Ihnen hiermit zur Unterschrift vorlege. Sie sehen, Mister Billwein, ich verliere nicht unnötige Zeit. Was nun Ihre Wünsche, Herr Direktor, anbetrifft, so stimme ich Ihrer Ansicht, daß das dreifache Salär vom nächsten Monat an nur erhoben werden kann, vollkommen bei. Die Berichterstattung unseres Blattes ist derart am Hund, daß hier eine Reorganisation an Kopf und Gliedern notwendig sein wird. Lassen Sie das nur meine Sache sein! Ich werde das Ding schon schmeißen. Die nächste Woche, vielleicht schon die allernächsten Tage, sollen Ihnen die gewünschte Sensation bringen. Wir müssen bei den fünfhunderttausend Exemplaren Tagesauflage bleiben. Das steht für mich außer Frage

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193210 26-18/fragment/page=0004

Merseburg

(Geschäftsstelle: Telephon Nr. 3258.)

Wirkungsvolle Wahlkundgebung der Partei

Die gestern Abend im „Neuen Schützenhaus" stattgefundene erste Wahlkundgebung der Partei nahm einen prachtvollen Verlauf. Mit einem Appell an die Versammlung, die sehr gut besucht war, auch im kommenden Wahlkampfe dafür zu sorgen, daß sich die Wahlsiffer der Sozialdemokratie für Merseburg weiter aufsteigend bewegt, eröffnete Genosse Hojenski die Kundgebung. Unter den Klängen der Reichsbannerkapelle vollzog sich darauf der Einmarsch der Sozialistischen Spielschar Merseburg, die anschließend einen Sprechchor „Freiheit" zur Aufführung brachte. Klar und mitreißend sprach dann Landtagsabgeordneter Genosse Fries über das Thema „Der Kampf um die sozialistische Volksherrschaft beginnt".

Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Einen schönen Abschluß bot der Volkschor unter Leitung seines Dirigenten Leo Schönbach mit einigen Freiheitsliedern. Der gemeinsame Gesang „Mit uns zieht die neue Zeit!" schloß die wohlgelungene Veranstaltung.

Todessturz vom Rad.

Auf der Mücheln—Freiburger Landstraße glitt gestern nachmittag gegen 17.30 Uhr beim Ueberholen eines Fuhrwerks der Schornsteinfegermeister Müller aus Freiburg mit seinem Fahrrade so unglücklich aus, daß er besinnungslos liegen blieb. Dabei ist er jedoch nicht mit dem Fuhrwerk in Berührung gekommen. Der Verunglückte wurde nach Mücheln zurücktransportiert, wo er an den Folgen des Sturzes verstorben ist.

Lastenausgleich Landkreis Merseburg-Leipzig gefordert.

Wie verlautet, wollen sich die Gemeinden des östlichen Landkreises Merseburg, Altranstädt, Groß- und Klein-Lehna, Kötschau und Schladebach, die zum größten Teil Arbeiter-Wohnsitzgemeinden der Stadt Leipzig sind, zu einem Wohlfahrtsverband zusammenschließen, der mit Leipzig über einen Lastenausgleich verhandeln soll. Die Gemeinden verlangen die Erstattung von 67 Prozent der Wohlfahrtslasten, was einer Summe von 100 000 Mark im Jahre entspricht.

Vor den Zug geworfen.

Teuditz. Der arbeitslose Bäcker Walther ließ sich in der Nähe von Weißenfels von einem Zuge überfahren und wurde sofort getötet. W. war Leiter der Arbeiter-Samariter-Kolonne in Borau und erfreute sich allgemeiner Wertschätzung. Welche Gründe ihn zu der Tat getrieben haben, ist unbekannt. Vielleicht war es wirtschaftliche Not. W. war verheiratet.

Wo bleibt der Staatsanwalt?

Beuchlitz. Im Juli dieses Jahres ließen sich einige am Ort bekannte Stahlhelmer im Lokal Schubert in Beuchlitz durch Aufingen eines Saufliedes eine schwere Beschimpfung der Reichsfarben zuschulden kommen. Wir berichteten seinerzeit darüber. Da zahlreiche Zeugen des Vorfalls vorhanden waren, wurden sie vom zuständigen Landjäger eingehend verhört. Dabei ergaben sich neuerliche Belastungen. Am Tage darauf war nämlich ein Trupp derselben Stahlhelmer durch die Straßen gezogen und hatte das inkriminierte Lied laut vor aller Oeffentlichkeit gesungen. Die Zeugen dieser Vorfälle wurden später von den Stahlhelmern mit Drohbriefen bedacht. Weil der Vorfall schon lange zurückliegt, auch die Verhöre schon einige Zeit zurückliegen und weil es sich um sehr **schwere Verächtlichmachung der Reichsfarben** handelt, fragen wir die Staatsanwaltschaft, wann sie die Anklage gegen die fraglichen Stahlhelmer zu erheben gedenkt. Uns scheint die Zeit wenigstens noch nicht gekommen zu sein, wo man die offiziellen Reichsfarben mit Schwarz-Rot-Sch . . . öffentlich bezeichnen darf.

Wahlvorschläge im Wahlkreis Halle-Merseburg

23 Parteien marschieren auf – Eine wird gestrichen

Unter dem Vorsitz des Kreiswahlleiters, Regierungsrat Voigtel, fand gestern nachmittag im Sitzungssaal des Bezirksausschusses in Merseburg die Festsetzung der Wahlvorschläge für den Wahlkreis 11 statt. Wieder waren es 23 Parteien, die aufmarschierten. Eine von ihnen wurde gestrichen. Die Wähler werden also das Vergnügen haben, am 6. November im Wahlkreis Halle-Merseburg unter 22 Parteien wählen zu dürfen. Es sind dies:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
2. **Sozialdemokratische Partei Deutschlands.**
3. Kommunistische Partei Deutschlands.
4. Deutsche Zentrumspartei.
5. Deutschnationale Volkspartei.
6. Deutsche Volkspartei.
7. Deutsche Staatspartei.
8. Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).
9. Reichspartei des deutschen Mittelstandes.
10. Deutsches Landvolk (Christlich-nationale Bauern und Landvolkpartei).
11. Volksrechtspartei.
12. Großdeutsche Volkspartei (Liste Schmaliz).
13. Nationalsoziale Partei der Mitte.
14. Sozialistische Arbeiter-Partei.
15. Freie Wirtschaftspartei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft).
16. Partei Polen.
17. Sozialrepublikanische Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung).
18. Partei Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslofer, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosen-Front).
19. Enteigneter Mittelstand.
20. Radikaler Mittelstand.
21. Radikal-demokratische Partei.
22. Partei Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer.

Als 23. Partei hatte sich eine Partei gemeldet mit dem pompösen Namen: Deutscher Volksbund, Gemeinschaft für organische Wirtschaft und deutsche Lebensgestaltung. Da sie jedoch nicht die erforderliche Anzahl glaubhafter Unterschriften aufweisen konnte, wurde sie gestrichen. Bei den Parteien der Ziffern 1, 3, 14, 15 und 19 wiesen die Wahlvorschläge verschiedene Mängel auf, die im Mängelbeseitigungsverfahren abgestellt wurden. Unter anderem mußte in dem Wahlvorschlage der SAP. der Spitzenkandidat Max Seydewitz gestrichen werden, weil für ihn die gemeindebehördliche Bescheinigung in der vorgeschriebenen Form nicht vorlag.

Es sei bemerkt, daß die Nummern in der Reihenfolge der Parteien noch nicht endgültig festgestellt sind, vielmehr nur zur vorläufigen Orientierung dienen. Fest steht allerdings die Nummer der

Sozialdemokratie Liste 2

Kreis Querfurt

Großmücheiner Rundschau

Nach den polizeilichen Vorschriften bedürfen Hausschlachtungen, soweit sie im Sperrbezirk ausgeführt werden sollen, der Genehmigung des Landrats. Infolge Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche ist der gesamte Ortsbezirk Eytingen zum Sperrbezirk erklärt worden. Der Antrag auf Genehmigung einer Hausschlachtung ist mindestens acht Tage vorher bei der städtischen Polizeibehörde zu stellen. — In Oechlitz ist ebenfalls die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. — Hier wurde von unbekannten Personen der Aushängekasten der Buchbinderei Apelt durch Zerschneiden der Scheiben erbrochen und daraus Schreibutensilien und anderes entwendet. In der gleichen Nacht wurden ebenso der Kinoaushangkasten und der Kasten der Ueberlandbahn, enthaltend den Fahrplan, welcher entwendet wurde, erbrochen und zerstört.

Spitzenkandidat Dr. Hertz spricht.

Mücheln. Sonntag nachmittag sprach hier in gutbesuchter öffentlicher Versammlung unser Spitzenkandidat Dr. Hertz. Seine sich auf beachtlicher Höhe bewegenden Ausführungen fanden den Beifall aller und wagte sich kaum ein Zwischenruf hervor. Allgemeines Interesse erregte es, daß der Referent ausführte, daß die Gefahr der Aenderung des allgemeinen Wahlrechts sehr groß sei und die Verwirklichung der Papen-Pläne uns in die Zeit vor 1871 zurückversetzen würde, da das allgemeine Wahlrecht schon 1867 vom Norddeutschen Bund eingeführt wurde. Die noch in der Irre gehenden Wähler wird die planlose kapitalistische Wirtschaft zur Einsicht bringen. Leiden wir doch heute Mangel am „Ueberfluß". Die Sozialdemokratie wird auch in der Opposition sich ständig der Verantwortung für das Volk bewußt bleiben.

Neumark. Eingebrochen wurde hier in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zwischen 2 und 3 Uhr in dem Krugschen Materialwarenladen. Entwendet wurden von den unbekannten Dieben neben 160 Mk. Bargeld noch Wurst und Tabakwaren.

Bebra. Diphtherie ausgebrochen. Wie schon in verschiedenen benachbarten Ortschaften sind jetzt auch hier mehrere Diphtheriefälle unter den Kindern festgestellt worden. Die nötigen Vorbeugungsmaßnahmen sind sofort ergriffen worden.

Saalkreis

Hohenthurm. Politischer Racheakt. Vor einigen Tagen meldeten wir, daß gemeine Burschen dem Genossen Schmidt eine Anzahl Zuchtmeerschweinchen über Nacht töteten. In einer dieser Nächte nahmen diese Untaten, die zweifellos von politischen Gegnern begangen wurden, damit ihren Fortgang. Diesmal mußten 5 Enten daran glauben. Mit durchschnittenen Hälsen fand man sie am Tage darauf im Stall liegen.

Kreis Delitzsch

Delitzsch (Stadt)

Finanzbericht im Stadtparlament

Wieder eine Stadtverordnetensitzung.

Die Beschlußfassung über die Einrichtung einer hauptamtlichen Lehrerstelle an der Kaufmännischen Berufsschule wurde von den Stadtverordneten vertagt bis nach Eingang der Antwort der Regierung auf die Anfrage des 1. Bürgermeisters, ob die Regierung dagegen Einspruch zu erheben gedenkt. Zur Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes beantragte die SPD.-Fraktion, den Dienstwilligen kostenlos Schuhwerk zu liefern. Da der Wohlfahrtsdezernent mitteilte, daß bereits 100 Paar Schuhe bestellt seien und kostenlos abgegeben würden, wurde der Antrag zurückgezogen. Dem Ankauf des Reinbothschen Gartens an der Schloßpromenade zum Preise von 75 Pf. pro Quadratmeter wurde zugestimmt. Desgleichen dem Ankauf von Straßengelände an der Jahnstraße zum Preise von 1,50 Mk. pro Quadratmeter. Dem 5. Nachtrag zur Friedhofs- und Begräbnisordnung wurde mit Aenderung die Zustimmung gegeben. Die Gebühren sind im Durchschnitt um 10 Prozent gesenkt worden. In den Sparkassenvorstand wurden die Stadtr. Road und Wiesener gewählt.

Der 1. Bürgermeister erstattete dann Bericht über die Finanzlage der Stadt. Veranlassung dazu gab ein entsprechendes Ersuchen der SPD.-Fraktion. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Finanzlage der Stadt nicht rosig ist. Eine Reihe

Schulden und Rückstände haben sich nicht vermeiden lassen.

Zahlungstermine sind immer voll großer Sorge für die Verwaltung, doch konnte bisher der Betrieb aufrechterhalten werden, dank einiger Staatszuschüsse. Am Etat hat der Finanzdezernent noch weitere Streichungen vornehmen müssen. Erfreulicherweise war es möglich, am Fürsorgeetat deswegen größere Einsparungen vorzunehmen, weil die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nicht die Höhe erreicht hat, die am Beginn des Etatsjahres angenommen wurde. Ueber die Lasten der Wohlfahrtsverwaltung erstattete der 2. Bürgermeister Bericht. Zur Zeit sind 1096 Wohlfahrtserwerbslose zu betreuen. Dazu kommen 75 Zusatzunterstützungsempfänger der Alu und Kru und 141 Fürsorgeunterstützungsempfänger. Die wöchentlichen Ausgaben für diese Kategorien betragen ziemlich 13 900 Mk. Daneben müssen noch für Sozial- und Kleinrentner und hilfsbedürftige Minderjährige monatlich oft 8000 Mk. aufgebracht werden. Außerdem werden für Sonderleistungen monatlich noch über 5000 Mk. gebraucht. Für den Winter sind zur

Herstellung von Kleidungsstücken 5000 Mk., für den Ankauf fertiger Bekleidung 6620 Mk. bereitgestellt.

In der Aussprache wurde von der SPD.-Fraktion empfohlen, im Hauptausschuß des Wohlfahrtsamtes sich eingehend über die Notmaßnahmen im Winter zu beraten. Ein Dringlichkeitsantrag, die Schüler- und Blumenstraße für Radfahrer freizugeben, wurde angenommen und dem Polizeichef als Wunsch des Kollegiums übermittelt. Eine nichtöffentliche Sitzung schloß sich an.

Delitzscher Stadtchronik.

Guter Fischfang im Stadtgraben. Der letzte Fischzug ergab folgendes Resultat: 280 Pfd. Hechte, 302 Pfd. Karpfen, 13 Pfd. Barsche, 51 Pfd. Schleie und 295 Pfd. Weißfische. An Fischen wurden im Jahre 1930 eingesetzt: 75 Pfd. Karpfen (zweisommerige), 300 Stück Schleie (zweisommerige, 10 bis 15 Zentimeter lang). Der Fang ist als sehr gut zu bezeichnen.

Polizeibericht. Am 23. Oktober entstand in einem Hause am Schäfergraben ein kleiner Stubenbrand. Ein Hausbewohner bedrohte seine Ehefrau mit einem Beil. Anzeige ist vorgelegt. Von unbekannten Tätern wurden aus einem Stall sechs Enten gestohlen. In der Nacht zum 23. Oktober wurde aus einem Lokal ein Spielautomat gestohlen. Der Täter ist ermittelt.

Eilenburg

Zustände auf dem Arbeitsamt

Schon neulich nahmen wir Gelegenheit, das Organisationstalent des Leiters des hiesigen Arbeitsamtes ins rechte Licht zu setzen. Es scheint nun aber noch immer keine Neigung zu bestehen, hier eine Aenderung zu schaffen. Am Montag hatten die Wohlfahrtserwerbslosen wieder einmal das zweifelhafte Vergnügen, zur Entgegennahme ihres Siempels wenigstens eine Stunde im Regen zu stehen. Man denkt dabei mit besonderen Gefühlen an die kommenden Wintermonate, wo die armen, meist schlechtgekleideten Menschen in eisiger Kälte sich Krankheiten holen werden. Es soll nicht bestritten werden, daß die Angestellten des Arbeitsamtes sich Mühe geben, durch schnelles Arbeiten das Warten zu verkürzen, aber auch das hat eine Grenze, wo es nicht schneller geht. Hier hilft eben nur eine

Erweiterung der Stempelzeit, um das unsinnige Warten abzukürzen.

Die organisierten Arbeiter werden jedenfalls durch ihre Vertretungen verlangen, daß diese Zustände schnellstens beseitigt werden. Bei dieser Gelegenheit müssen wir gleichfalls den Verkehrston kritisieren, der auf dem Amte herrscht. Es gibt wohl nicht gleich eine ähnliche Behörde, wo man derartige vertrocknete Antworten erhält, wie auf dem Arbeitsamt. Jedes Wort möchte man den Angestellten ablaufen. Besonders schlimm sind neu hinzukommende Erwerbslose dran, die natürlich eine gewisse Unkenntnis des Geschäftsgebarens haben. Als ob die hiesigen Erwerbslosen daran schuld wären, daß die Vorgänge im Arbeitsamt Bitterfeld bearbeitet werden und sie darum keine klaren Antworten erhalten. Es soll zugegeben werden, daß Ueberarbeitung der Angestellten mit eine Ursache dieser Zustände ist, aber wir verlangen ja gerade die Beseitigung der Ursachen dieser Mißstände. Hoffentlich genügen diese kritischen Worte, sonst müßten die Schritte zur Aenderung der Verhältnisse etwas energischer betrieben werden.

Gründung der Schwarzbach-Genossenschaft.

Battaune. Die seit langer Zeit geplante Schwarzbachgenossenschaft ist nunmehr gegründet worden. An ihr sind die Gemeinden Battaune, Wöllnau, Paschwitz, Sprotta und Doberschütz beteiligt. Aufgabe der Genossenschaft ist die Umgestaltung von etwa 5000 Morgen Grünfläche in wertvolles Wiesen- und Weideland. Mit den Meliorationsarbeiten soll möglichst bald begonnen werden. Das Projekt erfordert etwa 44 000 Tagewerke, die im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes und durch Heranziehung von Wohlfahrtserwerbslosen durchgeführt werden sollen.

Kreis Torgau

Torgau (Stadt)

Der Streik an der Elbe

Holzweißigs RGO. reingefallen.

Vorige Woche versuchte die RGO. unter der glorreichen Führung von Holzweißig auf der Baustelle von Tauchwitz an der Elbe, wo gegenwärtig Notstandsarbeiten ausgeführt werden, einen Streik zu inszenieren. Am Donnerstag voriger Woche rief man die Belegschaft zu einer Versammlung zusammen, in der pro forma 10 Pf. Lohnerhöhung gefordert wurden. Diese Abstimmung sollte nach Auffassung der RGO. per Akklamation stattfinden. Da ein großer Teil der Belegschaftsmitglieder gegen diese Art der Abstimmung war, konnte kein klares Bild über die Forderungen erzielt werden. Unser Genosse Hoffmann (Belgern) drang in dieser Versammlung darauf, daß solche Abstimmungen geheim stattzufinden hätten, um so mehr, da gleichzeitig mit dieser Lohnforderung über den Streik abgestimmt werden sollte. Die RGO. verlangte nach den Methoden des Dreiklassenwahlrechts, daß jeder Abstimmende auf den Stimmzettel seinen Namen zu schreiben hätte. Unsere Genossen haben gegen eine solche Art auf aller Entschiedenheit protestiert und durchgedrückt, daß eine geheime Abstimmung stattzufinden habe. Das Resultat hatte folgendes Ergebnis: für den Streik stimmten 122 und gegen den Streik 84 Belegschaftsmitglieder, 3 Stimmen waren ungültig. Es wurde also keine Zweidrittelmehrheit erzielt und alles ging wieder an die Arbeit. Am Freitagfrüh versuchte die RGO. durch fünf Helden, die an der Fähre standen, den Belegschaftsmitgliedern zu verkünden: „Es wird gestreikt." Da die RGO. und KPD. es auf dem legalen Wege der Belegschaftsversammlung nicht geschafft hatten, versuchte man nunmehr, dem

Streik durch Terror und List zum Durchbruch zu verhelfen.

Jungvolk, marschiere mit

Die Sozialistische Arbeiterjugend kämpft für eine bessere Zukunft. Schulentlassene Jungens und Mädels, reiht euch ein in die junge Front, werdet Mitglied der SAJ.

„Ein Volk erwacht"

Uraufführung der Sozialistischen Spielschar Merseburg.

Es war gewiß keine leichte Aufgabe, die sich die Spielschar gleich zu Anfang ihres Wirkens gestellt hatte. Sie war um so schwieriger, als das Werk, das hier zur Aufführung kam, eine immerhin neue Art sozialistischer Bühnenkunst, soweit es das Laienspiel betrifft, zur Gestaltung brachte. Es war nicht gemeinhin Elendsschilderung und politische Satire. Was den Wert der Aufführung ausmacht, was die Zuschauer in mehreren Szenen begeisternd mitriß, war vor allem die starke dichterische Gestaltungskraft, die Ausdruck gab dem Sehnen der Massen nach Erlösung, dem Willen, für die Freiheit zu kämpfen, dem Glauben an die Gemeinschaft, an den Sozialismus.

Der idealistische Zug der Dichtung hatte sich in prachtvoller Weise auch auf die Darstellung übertragen, wie überhaupt der Geist der Sozialistischen Spielschar vorzüglich ist. In ihrem jugendlichen, lebendigen, dabei doch beherrschten Wesen, in ihrer kleidsamen Tracht machte die Spielschar einen erfreulichen Eindruck. Dazu kam, daß eine künstlerisch beschwingte Regie die Schar führte. Mit den einfachsten Mitteln, ohne besondere Effekthascherei wurden die stärksten Wirkungen erzielt. Geschickt wurde die Handlung gesteigert, um sie im rechten Augenblick wieder abzufangen, einer Entspannung Raum zu geben, um dann zur letzten Steigerung zu führen. Im Schlußpunkt geschieht das allerdings etwas weniger wirkungsvoll, so daß rein gefühlsmäßig ein letztes Ausschwingen fehlt.

Gewiß wird hier und da noch einiges zu überholen sein in Darstellung und regiemäßiger Gestaltung. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß es zu einem sehr großen Teil werktätige Menschen waren, die sich hier zum ersten Male auf die Bühne wagten, und darum sind die Leistungen in Sprech- und Bewegungschor, wie auch die der Einzeldarsteller, besonders einzuschätzen.

Schon der Einmarsch der Spielschar war packend. Mit einer Hymne an die Freiheit (Sprechchor) beginnt die Aufführung. „Der Freiheit gilt es ein herrliches Lied zu singen." Aus tiefem Elend klagt bedrücktes Volk. Kraftvoll schließt das Bild: „Ans Werk dann!" Es folgen Szenen, die die ganze Brutalität und Kulturvernichtung der kapitalistischen Herrschaft in knappen Strichen zeichnen, die nationalsozialistische Wahnsinnsideologie, die „Moral der Kraft". Wohl den stärksten Eindruck macht das Bild: „Dem Führer schläft." Erschütternd und grausig diese Szene! Dann aber ist ein Höhepunkt erreicht. Im scharfen Kontrast zum ersten Teil entsteht ein tolles Zwischenspiel: die Reaktion hat das Wort! Und nun folgt Schlag auf Schlag! Schärfste Satire und selbst der Schlager werden in den Dienst der Sache gestellt. In seiner Wirkung hat dieser Teil, rein äußerlich betrachtet, den größten Erfolg. Verständlich. Dann aber findet der Spuk ein plötzliches Ende, die Internationale ertönt, ein Jüngling mit roter Fahne erscheint in der offenen Bühne. Der Teil „Befreites Volk" ist inhaltlich am stärksten und wuchtigsten. Leider fehlt ihm, wie schon gesagt, im Höhepunkt gefühlsmäßig und bühnentechnisch der rechte Abschluß. Im Glauben an ein „glücklicheres Menich-Sein", an ein hohes Menschentum schließt die Aufführung.

„Wenn alle Menschen froh vereint
Dem Licht entgegenschreiten,
Wenn uns die Sonne wieder scheint
In frühlingsgoldenen Wetten,
Wenn Weib und Kind und Greis und Mann
In Schicksalsglauben froh verbunden,
Dann schreiten wir den Weg zum Ziel hinan,
Dann wird in schöpferfrohen Stunden
Ein edles Menschenschicksal stolz gehämmert,
Dann kommt die Zeit, wo goldene Zukunft
dämmert."

Für dieses hohe Ziel möge die Spielschar auch in Zukunft erfolgreich arbeiten. —lt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193210 26-18/fragment/page=0005

Metallarbeiter stimmen für Liste 2

Bezirkskonferenz der Metallarbeiter in Burg

Die diesjährige, statutenmäßig nach dem Verbandstag stattzufindende Bezirkskonferenz des Bezirks Halle des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagte am 23. Oktober in Burg bei Magdeburg. Sie war von Anfang bis Ende ein leuchtendes Fanal für die ungebrochene Widerstandskraft dieser Gewerkschaft gegenüber dem Unterwühlertum und ein erhebendes Bekenntnis zur engsten Verbundenheit zwischen Gewerkschaft und SPD. Schon der Empfangsabend, den der Ortsverein Burg der SPD. für die Delegierten am Abend vor der Tagung veranstaltete, bewies das in ausgezeichneter Weise, und ebenso die Vertreter der einzelnen Organisationen, die am Sonntag vor Eintritt in die Tagesordnung herzliche Worte des Willkommens an die Erschienenen richteten. Auch der Oberbürgermeister der Stadt begrüßte die Delegierten in einer kurzen Ansprache.

Ueber die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland berichtete Genosse Schliestedt (Berlin) vom Hauptvorstand: Es wird höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft in einer Front, der Eisernen Front, zusammenfindet, um zu erreichen, was in der Verfassung steht: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Mit Notverordnungen Politik zu treiben und Finanzen und Wirtschaft zu wecken, muß erfolglos bleiben. Absatzmöglichkeiten sind zu schaffen durch Stärkung der Kaufkraft, also durch Lohnerhöhungen und Hinaufsetzung der Unterstützungsrichtsätze. Das ist notwendig. Statt dessen gibt man von der Regierung den zusammenbrechenden kapitalistischen Unternehmungen Millionenzuschüsse, die völlig zwecklos und weggeworfen sind. Kampf ist die Losung der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Wirtschaft.

In der Aussprache brachte Kollege Hartung (Schönebeck) folgende

Entschließung

ein, in der es u. a. heißt:

„Durch jahrzehntelange energische Kämpfe war es den freien Gewerkschaften in Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei besonders in der Nachkriegszeit möglich, achtunggebietende Erfolge für die Arbeiterschaft auf lohn- wie sozialpolitischem Gebiete zu erzielen. Mit der Erstarkung der freien Gewerkschaften und ihrer größeren Einflußnahme auf wirtschaftlichem Gebiete konnte das Realeinkommen erheblich gesteigert und durch den Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen die Lebenslage der Arbeiterschaft erträglicher gestaltet werden.

Infolge der so von der Reaktion durch die Zersplitterung der Arbeiterschaft erzielten Verschiebung der politischen Machtverhältnisse und unter Anwendung brutaler Gewalt gelang es, die Arbeiterschaft aus den maßgebenden Positionen zu verdrängen und ihren Einfluß zu schwächen. Auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sind seitdem ungeheure Verschlechterungen in Erscheinung getreten, und die Regierung der Barone hat nach ihrem eigenen Bekenntnis die Absicht, die von den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie angestrebte soziale Republik und die nach dieser Richtung hin erzielten Erfolge vollständig zunichte zu machen.

Gegen die Bestrebungen der Reaktion setzen sich die freien Gewerkschaften mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr, und es war möglich, überall dort, wo eine gute Organisation vorhanden war, in den weitaus meisten Fällen die gewaltigen Verschlechterungen der Notverordnung vom 5. September abzuwehren oder zu mildern.

Diese Aktivität und Widerstandskraft der Arbeiter sind ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Arbeiterschaft, wenn sie will, auch in der Lage ist, die Reaktion zurückzuschlagen und ein verlorengegangenes Terrain recht bald wieder zurückzuerobern. Die deutsche Arbeiterschaft hat bei der Reichstagswahl am 6. November d. J. Gelegenheit, dem reaktionären Spuk und dessen benutzten und unbewußten Helfershelfern, den Nationalsozialisten und Kommunisten, ein Ende zu machen.

Die in Burg tagende Konferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Halle fordert deshalb die Metallarbeiter Mitteldeutschlands auf, am Wahltag geschlossen für die Sozialdemokratische Partei einzutreten und die Gewerkschaftsorganisation so zu stärken und zu festigen, daß es möglich ist, mit Hilfe dieser organisierten Macht nicht nur Erfolge zu erringen und zu erhalten, sondern das Endziel, den Sozialismus, durchzusetzen."

In der weiteren Aussprache kam die kommunistische Opposition zum Wort. Sie sagte nichts Neues. Es waren die alten Redensarten, die der SPD. die Schuld an dem heutigen Elend zuschieben. Dieser Unsinn fand eine glatte Ablehnung durch die große Mehrzahl der Delegierten.

Die obige Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die Konferenz billigte auch nach Entgegennahme des Geschäftsberichts durch den Genossen Rößler die Tätigkeit der Bezirksleitung und setzt in die Leitung das Vertrauen, daß sie auch in Zukunft die Interessen der Organisation und damit der Metallarbeiter aufs beste wahrnimmt.

In den weitern Beirat wurden gewählt: Kaulfers (Magdeburg), Donath (Dessau), Hartung (Schönebeck) und Hampel (Staßfurt).

Die Konferenz war nicht nur ein Erfolg für die Metallarbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterschaft. Die Parole der Metallarbeiter zur Reichstagswahl lautet:

„Wir wählen am 6. November die wahren Vertreter der Arbeiterschaft, und das sind die Kandidaten der Sozialdemokratie, Liste 2.

Die Belegschaft folgte aber nicht den Parolen der RGO. und gerade die Streikposten der RGO. waren die ersten, die an die Bauleitung herangingen und sie wie getretene Hunde winselnd fragten, ob sie am Montag wieder arbeiten könnten. Die bereits im „Klassenkampf" als fettgedruckte „revolutionäre Tat" hingestellte Lohnbewegung ist also nach zwei Tagen zusammengebrochen. Den Kommunisten scheint es gegenwärtig so zu gehen, daß sie zwar überall Streiks in Szene setzen, aber nirgends erzielt Kaufmann dafür Sorge tragen, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft eine Besserung erfährt. Bei all diesen Ausständen will man nur dunkle parteipolitische Geschäfte machen, um so mehr, da auf allen Baustellen der Tarifvertrag der dafür zuständigen Organisationen gezeichnet wird.

Inzwischen ist am Sonnabend auch in Rosenfeld an der Elbe ein Streik ausgebrochen, der gleichfalls von der RGO. in Szene gesetzt worden ist. Wir werden in Kürze auf diese Vorgänge des näheren eingehen.

Dreißig Jahre Konsumgenossenschaft

Generalversammlung läßt die kommunistischen Spalter abblitzen.

Annaburg. Am Sonntag tagte im großen Saal der „Neuen Welt" die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Annaburg. Geschäftsführer Eich, der seit der Gründung des Vereins dem Vorstand angehört, gab den Geschäftsbericht über das 30. Geschäftsjahr. Am 21. Dezember 1902 fanden sich 61 Genossen im „Goldenen Ring" in Annaburg zusammen, um eine Genossenschaft zu gründen. Heute mustert der Verein 1610 Mitglieder mit drei Verteilungsstellen, davon zwei in Annaburg und eine Verteilungsstelle in Herzberg. Der Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug 429 362 Mk. gegen 542 406 Mk. im Vorjahre. Der Rückgang des Umsatzes ist die Folge der Kaufkraftverminderung der Mitgliedschaft. Die Bilanz schließt ab mit 391 557 Mk. Trotz der Wirtschaftskrise ist das finanzielle Fundament der Genossenschaft unerschüttert, was die Mitgliedschaft in erster Linie der Umsicht und Tatkraft der Verwaltungsmitglieder zu danken hat.

In der Diskussion zum Geschäftsbericht mußte der Kommunist Marhardt pflichtgemäß die abgeleierte Walze von den „roten Proviantämtern" ertönen lassen. Er verlangte von der Verwaltung öffentliche Verbraucherversammlungen. Die Verwaltung lehnte aber dankend ab, die KPD. muß sich schon selbst in Unkosten stürzen, wenn sie ihre Tiraden an den Mann bringen will. Genosse Eich rechnete, nachdem er den alten Genossenschaftlern für ihre in der Vergangenheit geleistete Arbeit Anerkennung ausgesprochen hatte, mit dem Geschwätz der Kommunisten gründlich ab.

Anschließend wurden die Ergänzungswahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat vorgenommen. In den Vorstand wurde auf Vorschlag des Aufsichtsrates der Kassenhalter Grube mit 230 Stimmen bei 68 Stimmenthaltungen gewählt. Die besoldete Stelle für den ausscheidenden Geschäftsführer Eich soll vorläufig vom Genossen Klobig mit verwaltet werden. Für den Aufsichtsrat mußten drei Ersatzmänner vorgenommen werden. Spannung lag über dem überfüllten Saal, als der Vorsitzende das Wahlresultat bekanntgab. Mit 194 Stimmen wurden Genosse Heintze und Genosse Gutewort und mit 141 Stimmen Genosse Lehmann gewählt. Die Vorschläge der Kommunisten erhielten 107 Stimmen.

Damit sind die Hoffnungen der KPD., die Annaburger finanzstarke Genossenschaft für ihren bankrotten Parteiladen in die Hand zu bekommen, als endgültig gescheitert zu betrachten.

Wir können uns über diesen Erfolg im Interesse der Genossenschaftsmitglieder nur freuen.

Der Leiter der GGG.-Nährmittelfabrik in Magdeburg hielt darauf einen Vortrag über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften in der deutschen Wirtschaft. Die tiefschürfenden Ausführungen wurden von der Versammlung mit Interesse entgegengenommen.

Aufsichtsratsmitglied Genosse Sauerbrei widmete am Schluß der Versammlung dem scheidenden Geschäftsführer Eich im Namen der Verwaltung und Mitglieder Worte der Anerkennung und des Dankes für die dreißigjährige aufopferungsvolle Tätigkeit im Interesse der Genossenschaft.

Nazis sprengen DMVP.-Versammlung

Mockrehna. Jede nationalsozialistische und deutschnationale Versammlung bringt heftige Rededuelle der Harzburger Bundesgenossen. In Mockrehna haben sogar die Nazis nach einer Mitteilung der bürgerlichen Presse eine deutschnationale Versammlung gesprengt. Nach dem deutschnationalen Stadtrat Schube aus Berlin sprach in der Diskussion der Nationalsozialist Dr. Meinhof aus Torgau. Er redete sehr heftig gegen die früheren Kampfgefährten und weiterte sich, als ihm der Versammlungsleiter das Wort entziehen wollte, abzutreten. Auf die Ankündigung des Versammlungsleiters, er werde beleidigende Wendungen Meinhofs gegen den Reichskanzler zur Anzeige bringen, rief dieser: Das ist deutschnationale Art! Dann folgte ein dreimaliges Pfui und die Nazis sangen das Horst-Wessel-Lied. Die Deutschnationalen verließen von selbst den Saal, womit die Versammlung aufgeflogen war.

Kreis Liebenwerda

Bockwitz. Vom Nachtwächter erwischt wurden die Erwerbslosen L. und K., als sie im Begriff standen, in der Nacht zum Sonntag dem Garten des Häuslers R. einen unverhofften Besuch abzustatten. Die Vermutung, daß die Ertappten im Zusammenhang mit anderen Baumplünderungen stehen, ist bisher nicht erwiesen, wenn auch einige Begleitumstände dafür sprechen. Beide leben in den denkbar ungünstigsten Verhältnissen. Die Not brachte sie, wohl das erstemal, auf Abwege.

Sport und Spiel

Die Fußballmeisterschaft der Hundertfünfundvierzigtausend

II.

In Schlesien, das ebenfalls zum Mitteldeutschen Verband gehört, liegen die Dinge wie in Sachsen. Sechs Gruppenmeister wollen z. B. Breslauer Bezirksmeister werden. Sonst führen an bekannten Mannschaften in ihrem Bezirk Sportfreunde Waldenburg, Vorwärts Haynau, Sturm Liegnitz, PSV. Sagan, Neusalz, Petersdorf im Riesengebirge, Jahn Penzig und VfL. Görlitz.

Im Nordwestdeutschen Spielverband hat im Kreis Nordmark Schwartau die Meisterschaft des Bezirks Lübeck errungen. In Ostmecklenburg führt Maschin und in Kiel hat Ost gute Aussichten. Dagegen ist die Lage in Hamburg-Altona noch ungeklärt.

Für Bielefeld im nordwestdeutschen Kreis hat sich Brockwede die Anwartschaft auf die Bezirksmeisterschaft gesichert. Ernsthafte Mitbewerber sind noch Fichte und Nord. Erfolgversprechende Aussichten in den anderen Bezirken haben Nienburg (Hannover), Rüstringen, Vorwärts Bremen, Bremerhaven, Lehe, Bramsche (Osnabrück), Minden und Porta-Westen.

Rheinland-Westfalen: Barop und Ewing sind Gruppenmeister im stärksten Bezirk Dortmund. Gruppenmeister im Essener Bezirk: Spvg. Essen, Werden 05, Holthausen. Im Bezirk Hamm-Münster führen Massen und Holzwickede, in Köln: Nord und Braunsfeld. Vom Kreismeister Oberspröckhövel ist noch nicht bekannt, daß ihm die Meisterschaft seines Bezirkes sicher ist.

Auch im Kreis Kassel-Prov. Südhannover hat sich der Kreismeister Oberlaufungen noch nicht überzeugend durchsetzen können. Niederzwehren hat dieselben Gruppenmeisterausichten wie O. Ebenso ergeht es Harleshausen und Niederkaufungen in der anderen Gruppe. Nur Eintracht Kassel ist sicherer Sieger seiner Gruppe geworden.

Im süddeutschen Spielverband interessiert besonders, wie der Bundesmeister Nürnberg Ost in seinem nordbayerischen Kreis steht. Er hat sehr starke Gegner im Nürnberger Bezirk, und ob er die Bezirksmeisterschaft gewinnen, ist noch nicht sicher. Nürnberg Südost ist dicht hinter ihm und sicher bringt erst das letzte Rundenspiel die Entscheidung. Im Regensburger Bezirk liegt Amberg vorn, im Bayreuther Bezirk Altstadt und im Bezirk Schweinfurt-Würzburg sind wieder Fr. I. Schweinfurt Bezirksbeste. In der Oberpfalz ist überraschend der mehrjährige Bezirksmeister und Nürnberg Osts schärfster Gegner, SC. Weiden, ins Hintertreffen gekommen. Trischentreuth wurde Meister.

Die Entscheidung um die südbayerische Kreismeisterschaft wird wieder zwischen dem Münchener und Augsburger Bezirksmeister fallen. In München gelten Ost, Sportfreunde und Pasing als Anwärter, in Augsburg Göggingen, Turngemeinde und der vorjährige Bezirksmeister Vorwärts.

Württembergs Kreismeisteranwärter sind für den Stuttgarter Bezirk Ost, Feuerbach und Stammheim, am Bodensee Konstanz, im Schwarzwald Schwenningen, für Ulm Neu-Ulm, dann noch Reutlingen. Im Heilbronner Bezirk sind die Aussichten des alten Kreismeisters Neckargartach nicht schlecht, er hat aber noch einen weiten Weg bis zum Ziel.

Um die Kreismeisterschaft von Baden-Pfalz kommen in den Vordergrund Hagsfeld, Plankstadt, Neckarau, Neuscheidt, Rasenspieler Saarbrücken, Waldhofschbach, Kaiserslautern Ost.

In der in vier Gruppen eingeteilten Kreisklasse von Hessen-Mittelrhein führen in der zweiten Runde in Gruppe 1: Niederrosstadt und der alte Kreismeister Raunheim; Gruppe 2: Sachsenhausen, Hausenstamm; Gruppe 3: Bockenheim und in Gruppe 4: Mörfelden und Egelsbach.

Von Sonntag zu Sonntag nehmen in allen Kreisen die Entscheidungen zu, so daß sich in Kürze die Besten der Besten in den Endkämpfen treffen werden.

Arbeitersport in Mansfeld

Fußball:

Zum fünftenmal nimmt die Serie im 7. Bezirk ihr Ende. Der Bezirk konnte bei seinem Entstehen 1928 mit nur vier Mannschaften auftwarten. Von 1928 bis heute ist es gelungen, den Bezirk großzügig aufzubauen. Hatte der Bezirk schon beim Entstehen gegen den Mitteldeutschen Ballspielverband und später gegen die Rote Sporteinheit zu kämpfen, so ist jetzt festzustellen, daß alle Arbeitersportler geschlossen hinter der freien sozialistischen Arbeitersportbewegung, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund stehen.

Der Bezirksmeister der 1. Klasse wird seit Bestehen mit Ausnahme eines Jahres von Spv. Burgörner-Aldorf getragen. Wird Burgörner-Aldorf heute als die Hochburg des Arbeitersportes bezeichnet, so können wir stolz darauf sein. Der Männer-Turnverein Burgörner-Aldorf hat durch Fleiß und Können in diesem Jahre auch den Meister der II. Klasse nach Aldorf gebracht.

Hatte der Bezirk 1928 mit vier Mannschaften angefangen, so kann er heute auf 599 Aktive, 51 Jugendliche, 39 Senioren und 4 Jugendmannschaften [illegible]

Das Ergebnis ist, daß trotz des [illegible] 2. Vorsitzenden vom Mitteldeutschen Ballspielverband das „schwarze Mansfeld" zum wuchtigen Bezirk geworden ist. Nun, Arbeiter, schließt euch zusammen im Sport wie in der Politik, zum Kampfe um ein sozialistisches Deutschland und eine freie Republik!

Spiele im Bitterfelder Bezirk

Fußball:

Ramsin I — Piesteritz 1:2.

Ramsin trat mit viel Ersatz an. Die Gäste hatten ihre zur Zeit beste Elf zur Stelle. Von Anfang an ergab sich ein flottes Spiel, in dem sich Ramsin nicht recht fand. Piesteritz kam zum ersten Treffer, doch konnte Ramsin ausgleichen. Nach dem Wechsel glaubte man, Ramsin würde mehr aus sich herausgehen, aber das schnelle Abspiel der Gäste machte jede Gelegenheit zunichte. Mehrere Bombenschüsse vom Ramsiner Halbrechten sausten gegen und neben die Latte.

Fußball in Grünewalde:

Gesellschaftsspiele:

Lichterfeld Jgd. — Minerva Jgd. 1:0 (0:0).
Lichterfeld II — Minerva II 0:3 (0:1).
Lichterfeld I — Minerva I 2:2 (2:0).

Bußtag — ?

SAJ., Gewerkschafts-, Naturfreunde- und Radfahrer-Jugend treffen sich im „Volkspark" zur

Jugendfeierstunde

der Sportlerjugend des 6. Bezirks

Kostenlose behördliche Beglaubigungen.

In einem Erlaß des preußischen Innenministeriums an die Polizeibehörden wird bestimmt, daß den Führern von Vereinen die angehören: 1. dem Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, 2. den Berliner Ortsausschüssen für Leibesübungen, 3. dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, bei Vorlage einer Anerkennungsbescheinigung kostenlos zu beglaubigen sind: a) die amtlichen Führerausweise zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung, b) die von den Verbänden ausgestellten Verbandsführerausweise.

Arbeiter-Athletenbund. Für die Bundesvereine des Arbeiter-Athletenbundes e. V. besteht am 6. November amtlich der Reichstagswahlen im ganzen Reichsgebiet für alle Sparten Startverbot.

„Mit dem Autobus in die Rheinpfalz" betitelt sich ein Vortrag mit Lichtbildern, den die Freien Schwimmer und Kanufahrer Halle-Lettin am Donnerstag, dem 27. Oktober, um 20 Uhr im Zeichensaal der Lutherschule veranstalten. Die Schwimmer berichten da in Wort und Bild von ihrer großen Sportweise, die 16 Tage durch Thüringen, Hessen, die Pfalz, Baden, Bayern führte. Alle Freunde der Arbeitersportbewegung sind eingeladen. Unkostenbeitrag 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Sportamtliche Bekanntmachungen

6. Bezirk. (Fußball.) Spielausschuß. Am Sonntag, dem 30. Oktober finden folgende Spiele statt: 165 15 Uhr: Merseburg I — Fichte I (Gramball, Raundorf). 166 14 Uhr: Raundorf II — Beuchlitz II (Ermisch, Merseburg). 167 13.30 Uhr: Raundorf I — Beuchlitz I (Bubmann, Radne). Auswärts weilen: Kayna I und II in Keuschen, Rössen I und II in Köttichau (Bezirk Weißenfels), und Kotbeiß I und II in Muldenstein (6. Bezirk). Nächste Geschäftsstunde am Sonnabend, dem 12. November, 20 Uhr, im „Jagdschloß". **Friedemann.**

6. Bezirk. (Fußball.) Schiedsrichtervereinigung. Die für Sonnabend, den 29. Oktober, in Merseburg geplante Versammlung kann nicht stattfinden, da bis jetzt der Polizeitrage keine Regelung erzielt worden ist. Ort und Datum werden bekanntgegeben. J. V.: **Friedemann.**

6. Bezirk. (Fußball.) Einige Vereine hm Abteilungen müssen noch die Adressen ihres Vorsitzenden und auch des Spielleiters der Bezirksleitung melden. Bitte deren Bekanntmachung von voriger Woche. Bitte dies umgehend nachzuholen, damit die Bezirksleitung auch ihren Verpflichtungen nachkommen kann. **Friedemann.**

7. Bezirk. (Frauenturnen.) Unsere nächste Bezirkskonferenz für Frauenturnen findet am 30. Oktober vormittags 9 Uhr in Herstedt, städtische Turnhalle (am Stadtpark), statt. Recht euch für den ganzen Tag ein. Erscheint alle, es wird viel neues Material gebt. Nach dem Turnen findet Sitzung statt. Wir hoffen, daß ihr pünktlich und zahlreich erscheint. **Karl John und Edith Kraft, Bezirks-Frauenturnwarte.**

7. Bezirk. (Fußball). Berichterstatterausschuß. Am Sonntag, dem 30. November, vormittags 10 Uhr, findet in Burgörner-Aldorf im Gasthof „Zum Landhaus" unsere Berichterstatterversammlung statt. Zu erscheinen hat jeder Berichterstatter. Wo keiner vorhanden ist, muß ein vom Verein Beauftragter oder selbst Vertreter erscheinen. Tagesordnung: Abweichende Berichte, Neuwahl. Richterscheinen wird nach Bezirksstatut bestraft. **Rich. Machander, Obmann.**

8. Bezirk. (Fußball.) Sonntag, den 30. Oktober, finden folgende Spiele statt: 12 Uhr: Gröfenheinichen II gegen Ramsin III (Siebmann). 13.30 Uhr: Gröfenheinichen II gegen Ramsin II (R. Kasmierczak). 15 Uhr: Gröfenheinichen I gegen Ramsin I (R. Kasmierczak). 14 Uhr: Rennertz I gegen Bitterfeld I (Fischer). Am 12. November findet unsere Vollversammlung in Bitterfeld statt. (Café „Bürgergarten".) Anfang 19 Uhr. 1. Bericht des Obmannes. 2. Neuwahl. 3. Regelbetrachtung. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft! **W. Kersten, Obmann.**

Geschäftsverkehr

Ein Wort an die Rheumatiker. Sie haben vielleicht schon alles mögliche versucht, ohne daß Sie Ihre quälenden Schmerzen loswerden konnten. Trotzdem ist auch für Sie kein Grund vorhanden zu verzweifeln. Machen Sie noch heute einen Versuch mit den prompt wirkenden, schmerzstillenden Togal-Tabletten. Togal ist die Hervorgerufen, bei verbreiteste Selbsthilfe des menschlichen Körpers. Nicht weniger als 6000 Aerzte haben sich in hoch anerkennender Weise über die gute Wirkung des Togal ausgesprochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219321026-18/fragment/page=0006

Mahnung an die Wählerinnen / Werbt für Liste 2

Hitler und die Frauen

Wenn wir dies Thema anschlagen, so nicht, um auf die Tatsache zu verweisen, daß Hitler den sauberen Herrn Röhm immer noch nicht hat fallen lassen. Es handelt sich für uns nicht um die Beziehungen Hitlers zu den Frauen, sondern um die Stellung, die eine gewisse Sorte von bürgerlichen Frauen und Mädchen dem Diktator vom Braunen Hause gegenüber einnehmen. Das ist ein Schmachten, ein Girren, ein Sich-Anranken-Wollen! Im „Westdeutschen Beobachter" schreibt eine Oberprimanerin:

„Uns schwebt das Ideal der reinen häuslichen Frau vor, deren Glück im eigenen Heim liegt. In tiefster Seele sehnt sich Deutschland nach dem starken Mann, der ihm Halt und Beschützer sein will. Darum stehen wir zu Adolf Hitler, der uns dies Ideal verwirklichen will. Wir Mädchen brauchen jetzt wie früher ein Ideal, zu dem wir aufschauen und dem wir nachstreben wollen. Aber unsere Begeisterung konzentriert sich nicht auf irgendeinen geschminkten Filmschauspieler oder Sporthelden, sondern unser Vorbild heißt: Adolf Hitler."

Die deutschen Jungfrauen laufen deshalb ihrem Ideal nach, wo sie ihn nur erblicken können. Es ergibt sich daraus manche interessante Geschichte. Als Hitler bei der letzten Wahl in Braunschweig sprach, drängten sich die Hitler-Riten um ihn und überreichten ihm große Blumensträuße. In vielen von ihnen waren liebegirrende Schreiben verborgen, Gedichte, Huldigungen, Anträge. Dieser reiche Blumenregen wurde in einem der Autos von Hitler mitgeführt zur nächsten Versammlung in Göttingen. Dort drängten sich abermals die deutschen Frauen und Jungfrauen um ihn. Diesmal teilte er ihnen die Blumensträuße aus, die sie mit wonnevollen Gefühlen in Empfang nahmen.

Wie groß war aber die Enttäuschung, als die Göttinger Hitler-Riten darin die liebegirrenden Schreiben ihrer Braunschweiger Konkurrentinnen entdeckten! Es soll auf den Göttinger Müllhaufen bald eine sehr ansehnliche Versammlung von geknickten Blumenspenden gelegen haben!

Ist das nicht eine nette Illustration für die Würde und die Zurückhaltung der echten teutschen Frauen und Jungfrauen? Einmal laufen sie Aschantinegern nach, ein anderes Mal Filmhelden oder Bogern und jetzt sind sie auf den starken Mann Hitler verfallen. Morgen wieder werden sie sich etwas anderes zum Ankranken und Anschmachten suchen!

So sind sie überall!

In Wien wurde von Hakenkreuzmördern ein städtischer Beamter erschossen. Als die Witwe vom Begräbnis heimkehrte, fand sie folgenden Brief eines verkommenen Nazisubjekts vor:

„Man empfindet es geradezu als eine Entweihung des Gottesackers, daß Ihr Mann als Obergenosse dort zur ewigen Ruhe bestattet wurde. Nach den ganzen Umständen wäre der richtige Ort seines Ausruhens nach seiner anstrengenden Tätigkeit als Führer der roten Mörderbande die Senkgrube gewesen. Kein Funken von Mitgefühl gegenüber Ihren von den roten Mörderbanden niedergeschossenen Mann. Diese Tat war offenbar der Dank für seine treue Zugehörigkeit zu diesen roten Banditen. Es ergeht an Sie der Appell, mit Ihrem weitverzweigten Verwandtenanhang auch weiterhin der roten Mörderbande anzugehören."

Die Nationalsozialisten aller Länder bilden eine Internationale der Gemeinheit und der Verkommenheit. Dieser Brief eines Wiener Nationalsozialisten steht ähnlichen Briefen deutscher Nationalsozialisten an Frauen und Mütter ihrer Opfer würdig zur Seite. Die abgrundtiefe Verkommenheit dieser Elemente kann nicht übertroffen werden.

Gayl und Tendenzfunk

Ein Nazi-Schmierfink abgeschüttelt

Die Schmutzereien eines Naziredners im Rundfunk gegen die republikanische Bevölkerung und der Protest der Linkspresse hatten den Reichsinnenminister zu einer Prüfung der Angelegenheit gezwungen. Das Ergebnis ist, daß auch Herr v. Gayl den Schmierfink und Schmierentombdianten abschüttelt und die verantwortlichen Leiter des Rundfunks angewiesen hat, für eine bessere Garnitur Rundfunktredner Sorge zu tragen, damit sich derartige Zwischenfälle nicht wiederholen.

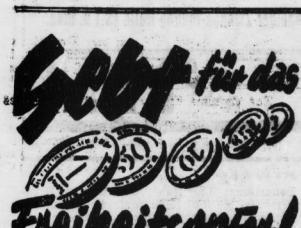
Nur übersieht Herr v. Gayl immer noch, daß neun Zehntel aller Rundfunkteilnehmer nicht nur diesen Nazihelden, sondern das ganze heutige System des Rundfunks und sein Programm ablehnen. Solange die Kulturschande dieses verhitlerten Rundfunks besteht, wird sich Herr v. Gayl nicht wundern dürfen, wenn der Hörerschwund immer größeren Umfang annimmt.

Wieviel Mandate verliert Hitler?

Die einzige Frage über den Ausgang des Wahlkampfes

Wieviel Mandate verliert Hitler? Das ist tatsächlich die Frage, die angesichts des völligen Abflackens der Hitler-Bewegung im Brennpunkt des Tages steht. Von überall her kommen Nachrichten, die erbarmungslos die Götzendämmerung Schickelgrubers bestätigen. Noch versucht man durch große Zahlen den Wählern vorzuschwindeln, daß Hitler überall von noch größeren Massen als früher begeistert gefeiert werde. Das ist aber nach Nachrichten aus allen Teilen Deutschlands völlig unzutreffend. Die Besucherzahlen sind überall nur mäßig. Besonders aus Ostpreußen wird ein völliges Fiasko Hitlers gemeldet. Von dort her wird uns gemeldet, daß die Hitler-Versammlungen in den letzten Wochen einen katastrophalen Rückgang der Besucherzahlen aufwiesen.

Wenn also jemand fragt, wie der Wahlkampf ausgeht, so kann man nur mit der Gegenfrage antworten: Wieviel Mandate verliert Hitler?



Würdest du heute ohne Not 50 Pf. sparen, wenn du wüßtest, daß du dadurch 500 Mk. Schaden hättest?
Nein! — Aber wenn du heute ein kleines Freiheitsopfer „sparst", wirst du es morgen durch niedrigeren Lohn und höhere Steuern, niedrigere Unterstützungen und höhere Lebensmittelpreise teuer büßen müssen! Opfere heute Pfennige, um morgen Markstücke zu sparen!

Hitler-Gesindel!

Vereitelte Herausforderung der Nazi-Bonzen

Ein unter dem Motto „Bomben auf Kassel" vorbereiteter und riesig plakatierter Flugtag der NSDAP. ist verboten worden. Vom Reichswehrministerium, dem Inhaber des Flugplatzes, ist allen Zivilpersonen das Betreten des Flugplatzgeländes untersagt worden und Start- und Landeverbot für alle nationalsozialistischen Flugzeuge, die ihre Teilnahme angemeldet hatten, ergangen.

Der von der NSDAP. als Wahlpropaganda aufgezogene „Großflugtag", bei dem 15 Flugzeuge — darunter auch der deutsche Kunstflugmeister Fieseler — mitwirken sollten, hatte als besondere Attraktion eine Nummer „Bomben auf Kassel" vorbereitet, in der der Kasseler Altmarkt, der Wohnsitz der Arbeiterbevölkerung, mit richtigen Straßenbahnen und Häusern in normaler Größe aufgebaut werden sollte, um von den Flugzeugen mit Bomben belegt und in die Luft gesprengt zu werden. Diese sinnige Anordnung hatte in der Arbeiterschaft eine derartig erregte Stimmung ausgelöst, daß mit schweren Zusammenstößen gerechnet werden mußte. Darüber hinaus hat wohl die Erkenntnis das Verbot bestimmt, daß die Veranstaltung eine verbotene Wahlversammlung unter freiem Himmel darstellt, die durch den Flugbetrieb getarnt werden sollte.

Abermals Hitlers Portier

Kürzlich ist Hitlers Portier aus dem Braunen Hause der Oeffentlichkeit vorgestellt worden. Ein Schlägertyp ersten Ranges, der als Portier wegen Roheitsdelikte und noch einige andere wirklich nicht ehrenhafte Vorstrafen aufzuweisen hat. Hitler aber ist stolz auf seinen Portier! In der letzten Illustrierten der nationalsozialistischen „Bandpost" in Bayern wurde er unter der Ueberschrift „Typen der SA." der staunenden Mitwelt im Bilde vorgeführt. Die Bildunterschrift lautete: „34 Jahre, Franke, Arbeiter, Vorsahren Arbeiter." Das Bild zeigt ihn im vollen Glanze, Herr Johann Schmer, Portier im Braunen Hause, er wird vorgeführt als einer, dem die SA.-Jünglinge nachtreben sollen. Er ist eine feine Marke und hat als SA.-Type viele Kollegen. Leider ist verabsäumt worden, in der Bildunterschrift seine Personalien weiter zu ergänzen. Es hätte sich sehr gut ausgenommen, wenn wahrheitsgemäß weiter da zu lesen gewesen wäre: Vielfach vorbestraft wegen Körperverletzung, Hehlerei und Kuppelei. Das sind ihre Typen!

Der Abbau der Hauszinssteuer

Während von den Gemeinden geklagt wird, daß die Ueberweisungen aus der Hauszinssteuer immer kleiner werden, hat Preußen neue Erleichterungen für die Ablösung der Hauszinssteuer getroffen. Danach kann die Hauszinssteuer auch noch in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 31. März 1933 mit dem Dreifachen des vollen Jahresbetrages abgelöst werden. Von den Eingängen ist ein Drittel für den allgemeinen Finanzbedarf in den Rechnungsjahren 1932 und 1933 zu verwenden. Das zweite Drittel soll der Umschuldung der Gemeinden dienen, jedoch nur bis zu einem Betrage von 76 Millionen Mark.

Die randalierenden Nazi-Gäste

Eigener Bericht

Limburg, 25. Oktober.

Die drei Kölner Nazi-Führer, die in Limburg in der Nacht zum Sonntag nach der Polizeistunde gewaltsam in eine Gastwirtschaft eindrangen, dort Schüsse abgaben, eine große Glasscheibe zertrümmerten, die Wirtin am Halse würgten und auf den Wirt solange einschlugen, bis er ohnmächtig zusammenbrach, sind von dem Limburger Schnellrichter sehr milde davongekommen. Der nationalsozialistische Abgeordnete des Preußischen Landtags Palm-Köln wurde wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruchs und Nötigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt, der kaufmännische Angestellte Nieher erhielt 6 Wochen Gefängnis, der Stabsführer der Kölner Nazis Erhard v. Schmidt 2 Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist. Der Chauffeur wurde freigesprochen.

Septemberabschluß der Volksfürsorge

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs A.-G., kann für den Monat September eine ganz erhebliche Antragssteigerung feststellen. Gegenüber dem Vormonat macht die Steigerung rund 12 Proz. aus. Insgesamt wurden 11 322 Volks- und Lebensversicherungen mit 3 691 000 M. Versicherungssumme beantragt. Wieder in Kraft gesetzt wurden 4128 prämienfrei laufende Versicherungen.

Rotwehr — aber verhaftet!

Eigener Bericht

Eisenach, 25. Oktober.

Ende voriger Woche wurde ein Reichsbannermann, der sich auf dem Wege zum Volkshause befand, von zwei Nationalsozialisten überfallen und durch einen Schlag mit einem spitzen Gegenstand am Kopf verletzt. Der Reichsbannermann setzte sich energisch und erfolgreich zur Wehr. Am gleichen Tage wurde er verhaftet und bis heute festgehalten. Nach dem neuesten Polizeibericht soll er der Angreifer gewesen sein und sich gegen die August-Notverordnung des Reichspräsidenten vergangen haben. Darauf steht Zuchthausstrafe. Da die Kampfleitung der Eisernen Front von der Unschuld des Reichsbannermannes überzeugt ist, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ihn wieder freizubekommen.

Folgen der Autarkie!

Eigener Bericht

Dresden, 25. Oktober.

Die Ausfuhr Sachsens nach Nordamerika ist im dritten Vierteljahr auf 17,40 Millionen gegen 36,06 Millionen im dritten Vierteljahr 1931 gesunken. Hauptleidtragende sind die Textilindustrie, die Ausfuhr von Pelzen und Rauchwaren und die Maschinenindustrie.

Alkoholmord

In Cavern (Ostpreußen), erstach ein Fleischergeselle den 24jährigen Sohn eines Gastwirts. Der Fleischergeselle hatte sich, alkoholisch stark animiert, mit einem Kollegen gestritten; der Gastwirtssohn war hinzugekommen, um Frieden zu stiften.

Henker und Geschäftsmann

Die polnische Regierung hat ihren Henker Maciejecki abgebaut. Maciejecki behauptet, daß er durch Ausübung seines Berufs gesundheitlich geschädigt worden sei; er verlangt deshalb von der Regierung einen Schadenersatz in Höhe von 200 000 Mark.

Klagges auf dem Rückzug

Eigener Bericht

Braunschweig, 25. Oktober.

Einen Rückzug vor dem Deutschen Hochschulverband mußte der Raziminister Klagges antreten. Er hatte vor einem halben Jahre den Genossen Adolf Jensen, Professor an der hiesigen Technischen Hochschule, zwangsweise pensioniert und ihm widerrechtlich den Lehrauftrag entzogen. Genosse Jensen ließ durch den Deutschen Hochschulverband Klage einreichen. Bevor diese jedoch entschieden wurde, hat Klagges jetzt die Pensionierung zurückgenommen und die Cremitleung ausgesprochen. Genosse Jensen wird weiter Vorlesungen halten.

Der Schuß auf die Opernsängerin

Der schießwütige Ehemann im Verhör

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Das Befinden Gertrud Bindernagels war nach einer Mitteilung des Chefarztes Dr. Erich Neupert vom Krankenhaus Westend gestern Dienstag im großen und ganzen unverändert. Die gestern verbreitete Nachricht, daß sich die Künstlerin bereits außer Lebensgefahr befindet, trifft leider nicht zu. Es werden Komplikationen befürchtet, da die Aerzte nach dem letzten Befund mit der Gefahr einer Bauchfellentzündung rechnen. Durch das Geschoß, das noch nicht entfernt werden konnte, ist der Darm verletzt.

Der Zustand der Künstlerin hat eine polizeiliche Vernehmung noch nicht zugelassen. Die polizeiliche Untersuchung hat dadurch eine Unterbrechung erfahren, daß die Aussagen der Ueberfallenen für die weitere Beurteilung der Tat von Bedeutung sind.

Die Vernehmung des Gatten Gertrud Bindernagels, des Altmeisters Hintze, zog sich bis Dienstag hin. Während H. noch am Montagvormittag keine genauen Einzelheiten angeben konnte, änderte er in den Nachtstunden seine Taktik. Er bestreitet, die Absicht gehabt zu haben, seine Frau töten zu wollen. Seine Angaben werden durch die Aussagen der Zeugen in vielen Punkten widerlegt. So behaupten die Zeugen, daß er durchaus nicht betrunken gewesen sei. Nach den Angaben der Verwandten der Frau Bindernagel ist dem Attentat bestimmt kein Wortwechsel vorausgegangen, er hätte bestimmt gehört werden müssen. Die Pistole ist am Sonnabend von einem Sachverständigen nachgesehen worden. H. verkaufte diesem Mann ein Jagdgewehr und zeigte ihm dabei die Pistole. Der Käufer sah sich die Pistole an und sagte, daß sie gut in Ordnung wäre. H. steckte die Waffe dann wieder zu sich. Trotz aller Vorhaltungen bleibt er bei seiner Darstellung und behauptet, daß nichts passiert wäre, wenn er seiner Frau allein gegenübergestanden hätte. Die Anwesenheit der Verwandten hätte sie unzugänglich gemacht. Im Laufe des Dienstag wurde Hintze dem Vernehmungsrichter beim Amtsgericht Charlottenburg zugeführt.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 25 Oktober

Stärkeres Angebot

Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag Schwankungen ausgesetzt. Die Börse eröffnete ziemlich schwach, da das Angebot an Roggenmehl erheblich zugenommen hat. Auf der anderen Seite fehlte es an Käufern, so daß Ware nur zu um 2 Mark geringeren Preisen abgesetzt werden konnte. Später wurde bekannt, daß die Regierung eine Verlängerung der Zombarde verfügt habe. Infolgedessen befestigte sich die Stimmung. In bal besonders am Markte der Getreidegeschäfte ein großer Teil der anfänglichen Verluste wieder wettgemacht werden konnte. Die Notierungen lauteten zum Schluß für Weizen um 1 bis 1½ Mark, für Roggen um etwa ¼ Mark niedriger.

	24. Oktober (ab märkische Station in Mark)	25. Oktober
Weizen	198—199	194—196
Roggen	154—156	152—154
Braugerste	172—182	172—182
Futter- und Industriegerste	164—171	164—171
Hafer	188—197	188—194
Weizenmehl	24,25—27,25	24,00—27,00
Roggenmehl	19,75—22,25	19,50—22,00
Weizenkleie	9,00—9,50	9,00—9,50
Roggenkleie	8,25—8,75	8,25—8,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 205—205½ (Vortag 207), Dezember 202½—204¼ (205), März 204½—206 (207¼). Roggen Oktober bis 160 (162), Dezember 158¼—160 (160¼), März 160—161¼ (162). Hafer Oktober 161¼, Dezember 186 (186), März 188 (186¾).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219321026-18/fragment/page=0007

Symbolkampf gesteigert

Gerbstedt und Benndorf voran

Die Parole der Unterbezirks-Wahlkampfleitung der Eisernen Front auf höchste Steigerung des Symbolkampfes ist von vielen Ortsgruppen und Stützpunkten der sozialdemokratischen Parteiorganisation in beiden Mansfelder Kreisen befolgt worden.

In Gerbstedt, dessen große Sturmfahne bereits erwähnt wurde, hat sich mit der Hitlerbewegung ein Flaggenkrieg entwickelt. Die Sturmfahne der Gerbstedter Arbeiterschaft muß offenbar den Hitlerleuten schwer auf die Nerven gefallen sein. Einige Tage später ging eine Hakenkreuzfahne hoch. Die Antwort der Eisernen Front auf diesen Versuch der Hakenkreuzler, in den Fahnenkampf einzugreifen, wird für die Hitlerleute eine massive Enttäuschung geworden sein: fünf neue große Sturmfahnen flatterten einen Tag später über Gerbstedt und kreisten den einsamen Hakenkreuzzeugling vollkommen ein. Bravo, Gerbstedt!

Auch die Eiserne Front von Benndorf hat ihren Fahnenkampf noch gesteigert. Zu der großen Sturmfahne, über die wir bereits gemeldet haben, haben sich zwei neue große Sturmfahnen gesellt, die signalisieren, daß in Benndorf die Sozialdemokratie ihren erheblichen Stimmengewinn vom 31. Juli 1932 am 6. November noch erhöhen will.

An der Hauptdurchgangsstraße in Creisfeld ist in diesen Tagen ebenfalls eine Eiserne-Front-Fahne gehißt worden. Nur Wimmelburg ist von den Grunddörfern noch ohne das Kampfzeichen, unter dem die Sozialdemokratie am 6. November siegen will und siegen wird!

Ende dieser Woche werden neue Sturmfahnen der Eisernen Front hochgehen in Wimmelburg, Helbra, Augsdorf, Hettstedt und Wippra, als dem Zentralort des Mansfelder Harzgebietes.

Zwischen den Stationen Oberröblingen (See) und Erdeborn ist von der Eisernen Front ein Wasserturm gekapert und mit unseren Symbolen versehen worden. Zwischen den Stationen Helfta und Erdeborn mahnen Telegraphenmast für Telegraphenmast Bildplakate zur Wahl der Liste 2.

Auf der Hauptchaussee Eisleben — Halle werden alle Passanten an der Eisleber Stadtgrenze, am Rande des Ortsteils Helfta, zwischen Aseleben und Seeburg und an den Einmündungen der Chausseen von Mansfeld und Höhnstedt durch den Dreipfeil zur Wahl der Liste 2 aufgefordert.

Im Wahlkampf zum 6. November hat die Mansfelder Eiserne Front auf dem Gebiete der Symbolpropaganda die Hakenkreuzbewegung überrundet!

So lebte ein „notleidender" Großgrundbesitzer

Urteil im Prozeß Fick - 1000 Mark Geldstrafe

Im Prozeß gegen den ehemaligen Domänenpächter und früheren volksparteilichen Fraktionsführer im Preußenlandtag Fick fällte das Erweiterte Schöffengericht am Sonnabendnachmittag nach zehntägiger Verhandlung ein äußerst mildes Urteil. Es sprach den Angeklagten in sämtlichen Betrugsfällen frei und verurteilte ihn nur wegen Konkursvergehens an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Monaten und 2 Wochen zu 1000 Mk. Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung wird erklärt, es habe nicht mit Sicherheit erwiesen werden können, daß der Angeklagte bei den Verhandlungen mit der Domänenbank, dem Bankverein Artern und dem Fabrikbesitzer Sauer (Eilsleben) falsche Angaben gemacht habe; vielmehr habe seine eigene Darstellung viel Wahrscheinlichkeit für sich. Dagegen habe der Angeklagte wegen übermäßigen Aufwandes, also wegen Konkursvergehens, bestraft werden müssen.

Der übermäßige Aufwand

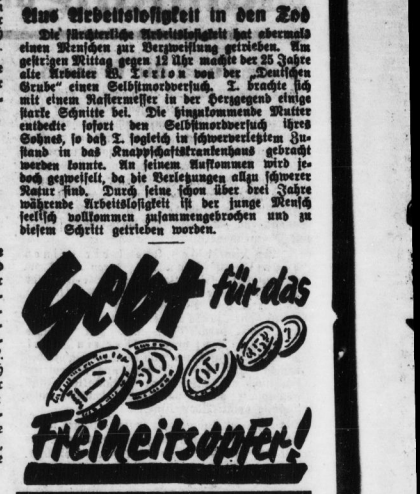
sei einmal darin zu erblicken, daß der Angeklagte seiner Geliebten ein monatliches Taschengeld von 150 bis 200 Mk. gab, mit ihr mehrere sehr kostspielige Reisen machte und ihr auch teure Geschenke verehrte zu einer Zeit, als seine Vermögenslage schon äußerst kritisch war. Uebermäßiger Aufwand sei es auch gewesen, daß Fick für die Einrichtung von Tundersleben für rund 55 000 Mk. Möbel angeschafft habe zu einer Zeit, als er sich bereits darüber klar sein mußte, daß er sich nur durch äußerste Sparsamkeit auf den Domänen würde halten können. Schließlich sei auch sein persönlicher Verbrauch, den das Gericht für die Jahre 1928 bis 1930 auf 32 000 Mk. jährlich beziffert, in Anbetracht seiner sehr kritischen Wirtschaftslage zu hoch gewesen.

Genossen! Werbt für Euer Blatt!

Kreis Bitterfeld

Aus Arbeitslosigkeit in den Tod

Die fürchterliche Arbeitslosigkeit hat abermals einen Menschen zur Verzweiflung getrieben. Am gestrigen Mittag gegen 12 Uhr machte der 25 Jahre alte Arbeiter M. Terton von der „Deutschen Grube" einen Selbstmordversuch. T. brachte sich mit einem Rasiermesser in der Herzgegend einige starke Schnitte bei. Die hinzukommende Mutter entdeckte sofort den Selbstmordversuch ihres Sohnes, so daß T. sogleich in schwerverletztem Zustand in das Knappschaftskrankenhaus gebracht werden konnte. An seinem Aufkommen wird jedoch gezweifelt, da die Verletzungen allgemeinschwerer Natur sind. Durch seine schon über drei Jahre währende Arbeitslosigkeit ist der junge Mensch seelisch vollkommen zusammengebrochen und zu diesem Schritt getrieben worden.



Verantwortlich für Politik, Feuilleton und Provinz: Ernst Loewy; für Lokales und Kommunalpolitik: Gottlieb Ketzerer; für Sport: Herbert Günther; für den Anzeigenteil: Walter Lüner; sämtlich in Halle. — Druck und Verlag: Hallesche Druckerei-Gesellschaft mbH., Halle, Große Märkerstraße 6.

Vereins-Kalender

der Ortsvereine der SPD., sozialistischen Frauen- und Jugendgruppen im Bezirk Halle-Merseburg / Bezirkssekretariat Halle a. S., Harz 43—44, Hofgeb. 2 Treppen. Fernruf 31039 und 35701. Ortssekretariat Halle a. S., Harz 43—44, Hofgebäude 2 Treppen, Fernruf 31039

Halle.

Arbeiterwohlfahrt. Sitzung der Küchenkommission regelmäßig jeden Freitag 5½ Uhr in der Küche, Sternstraße 8.

Aus dem Bezirk.

Osmünde. Mittwoch, den 26. Oktober, 20 Uhr, im Lokal Moritz: Oeffentliche Einwohnerversammlung. Ref.: Reichstagsabgeordneter Genosse Bergholz (Zeitz). Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Ammendorf. Mittwoch, den 26. Oktober, im „Schützenhaus": Wählerversammlung. Redner: Landtagsabgeordneter Gen. Fries (Köln). Alle Mitglieder der Eisernen Front, Sozialdemokratischen Partei, Sozialistischen Frauengruppe, Arbeiterwohlfahrt, Sozialistische Jugend und Reichsbanner sind verpflichtet zu erscheinen. Die Funktionäre der genannten Gruppen sind verpflichtet, alle Mitglieder einzuladen.

Großkayna. Donnerstag, 27. Oktober, 20 Uhr, im Gasthof Ohme: Oeffentliche Versammlung und Kundgebung der Eisernen Front. Redner: Reichstagsabgeordneter Gen. Brandes (Berlin), Vors. des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die gesamte Einwohnerschaft ist dazu eingeladen und hole sich Aufklärung.

Gröbers. Sonnabend, den 29. Oktober, 20 Uhr, im Lokal Baatz: Oeffentliche Einwohnerversammlung. Ref.: Reichstagsabgeordneter Dr. Herz (Berlin). Die gesamte Einwohnerschaft ist dazu eingeladen. Die Parteigenossen treffen sich 19 Uhr im Lokal.

Sozialistische Arbeiterjugend Bockwitz u. Lauchhammer. Sonntag, den 30. Oktober, alles antreten zur Fahrt mit dem Rad nach Schraden, Frauenwalde und Dittrand. Treffpunkt: Bockwitz, Ecke Mückenberger Straße. Alle Genossen müssen erscheinen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V.

Ortsverein Halle.

Sanitäter. Donnerstag, den 27. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Zusammenkunft.

Jungbanner. Donnerstag, den 27. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Führerbesprechung. Erscheinen ist unbedingt notwendig.

F·E·M 3608
Zigarren sind die besten
Eigene Fabrikation
Garantie für gute Arbeit und rein Uebersee-Tabak.
Gleichwertig wie Handarbeit.
Friedrich Ey
Merseburg, Bismarckstraße 38

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 28. Oktober 1932, um 10 Uhr, werden in Hühnes, Restaurant, Kurze Gasse (Leipziger Turm) öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert:

1 Klavier, 2 Grammophone, 2 Radioapparate mit Lautsprecher, 1 Küchenbüfett, 1 Bettcouch, 1 Kunstfell, 2 Schreibtische, Kunstfell.

Vollstreckungsstelle des Finanzamts Gesellschaft in Halle a. S.

Stadttheater
Heute, Mittwoch, 20 bis geg. 23 Uhr: Liselott
Operette von E. Künneke
Donnerstag, 20 bis geg. 23 Uhr: Liselott

Walhalla
Letzte 6 Tage
Bravo Peggy!
Operetten-Neuheit von Leo Ascher. 4168

1 Zimmer u. Küche
sof. zu vermieten
Dotterroit, Elsaer Brandtr.-Str. 77.

Gebrauchte Pianos
sehr billig bei
Hoffmann
Riebeckplatz

Zartes Goulaschfleisch nur 58 ₰
Zarter Cabler . . . . nur 78 ₰
Hammel-Reklame-Tage!
Frisch geschlachtet.
Hammelfleisch 58 ₰
zum Kochen . . . . nur
Zarte Hammel-Rücken nur 68 ₰
Zarte Hammel-Keule . nur 78 ₰
A. Knäusel Butter, Wurst Fleischwaren

Die gute Kartoffel
nur von 3895
Karl Paul Otto
Halle, Königstraße 67-70, Tel. 268 97

Kreis Querfurt-Eckartsberga.

Wir rechnen ab mit dem Kabinett der Grafen und Barone und der Hitlerei.

Darum wählen wir die Liste 2!

Oeffentliche Versammlungen finden statt:

Oberheldrungen: Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Grünewald. Referent: Landtagsabgeordneter Berten (Düsseldorf).

Freyburg a. U.: Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Referent: Arbeitersekretär Buchholz (Halle).

St. Micheln: Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Geiselquelle". Referent: Genosse Fritz Drescher (Halle).

Pretzsch: Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Gemeindegasthof. Referent: Redakteur Habicht (Halle).

Donndorf a. U.: Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Gemeindegasthof. Referent: Landtagsabgeordneter Berten (Düsseldorf).

Burgscheidungen: Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Gemeindegasthof. Referent: Gewerkschaftssekr. Thome (Merseburg).

Krumpa: Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 3 Uhr, am Lokal Böhme. Referent: Arbeitersekretär E. Müller (Halle).

Kleinwangen: Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 3 Uhr, im Lokal Neumann. Referent: Redakteur Habicht (Halle).

Roßleben a. U.: Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 3 Uhr, im Lokal „Goldener Hirsch". Referent: Reichstagsabg. Dr. Herz (Berlin).

Weißenschirmbach: Sonntag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Liebertrau. Referent: Reichstagsabg. Dr. Herz (Berlin).

Kanawurf: Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschenke. Referent: Genosse Brauer.

Prepleben: Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschenke. Referent: Genosse Bierfaß.

Genossen heraus! Sorgt für Massenbesuch! Die gesamte werktätige Bevölkerung muß diese Versammlungen besuchen.

Kampfleitung der Eisernen Front.

Kulmbacher Bierhallen
Torgau, Fischerstr. 24
Der geehrten Einwohnerschaft von Torgau und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß wir in unserem Lokal
eine Speisewirtschaft eröffnet
haben. Es soll unser eifrigstes Bestreben sein, die uns beehrenden Gäste gut und billig zu bewirten. Mittagstisch an gedeckter Tafel von 40 Pfg. an ohne Bierzwang. Von 11½ Uhr an Essen über die Straße. Um gütige Unterstützung bitten 4187
H. Lachmann und Frau

Kreis Merseburg

Für sozialistische Volksherrschaft

Oeffentliche Versammlungen und Kundgebungen.

Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr:

Dürrenberg. „Kronprinz". Redner: Reichstagsabgeordneter, Engelbert Graf.

Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr:

Rodden. Gasthof. Redner: Genosse Thome (Merseburg).

Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr:

Horburg. „Ratskeller". Redner: Genosse Müller (Leuna).

Oetzsch. „Schwarzer Adler". Redner: Genosse Erich Müller (Halle).

Witzschersdorf. Gasthof. Redner: Genosse Fischer (Merseburg).

Geusa. Köhler. Redner: Genosse Twachtmann (Halle).

Schafstädt. „Prinz von Preußen". Redner: Genosse Flücht (Berlin).

10 Pfennig
Neue Zehnpfennig-Broschüren!
Von Stinnes bis Kreuger
Eine Heldengalerie gestürzter Größen des Kapitalismus.
Sozialismus — ja oder nein?
Darstellung unserer Kampfziele von Paul Löbe
Du und ich — Wir bauen auf
Unsere Anträge im Reichstag, erläutert von Eugen Prager.
Nazi-Paradiese
Neues Material der kommunalpolitischen Zentralstelle der SPD.
Volksblatt-Buchhandlung
Halle (Saale), Große Märkerstraße 6

Gaststätten
in Halle (Norden und Osten)
die sich empfehlen.
„Bad Wittekind", Wittekindstraße 12
Bierhaus Engelhardt, Bernburger Str. 24
„Hardenbergschänke", Hardenbergstraße 1
Conditorei und Café Herrmann, Burgstr. 38
„Lüderitzberg" (Ernst Start), Reilstraße 47
„Reichsadler" (Fritz Henze), Trotzdorf Str. 15
„Gastschloßbrauerei", Seebener Straße 23
Café Schumann, Bernburger Straße 9
„Schmetterlingshöhe", Eichendorffstr. 19 (Emmer)
C. Schwartzkopf, Burgstraße 7
B. Thomas, Boelckestraße 1
Vogel, Wilhelm, Trotzdorf Straße 42
„Bollwerk", Burgstraße 27
„Weinberg-Terrassen", Weinberg 2 (E. Hecht)
„Zur Eisenbahnbrücke" (v. d. Weth.), Merbenerstr. 3a
Jede Zeile kostet monatlich 1,— Mark.
Der Betrag wird mit dem Bezugsgeld eingezogen
Volksblatt
großen Erfolg!

Sie brauchen einen zuverlässigen Führer
für 4096
moderne Herbst-Maßkleidung!
Wenden Sie sich vertrauensvoll an den Fachmann, den Schneidermeister. Schnitt und Werkstättenarbeit geben sichere Gewähr für
Paßform — Qualität — Zeitgemäße Preise
Schneider-Zwangs-Innung Halle (S.) u. Umg.

REKLAME
Drucksachen
schnell und gut
liefert
Hall. Druckerei-Gesellschaft mbH.
Gr. Märkerstraße 6

Unverbindl. z. Ans. 16 assortierte echte Lederjacken gefüttert, wegen Rest.-Preis 27,50
Lederversandhaus Röber, Halberstadt 113 Gleimstraße, a. Krankenh.

Kleine Anzeigen
zur
Kleinen Verkäufe
Stellengesuche
Stellenangebote
Wohnungsgesuche
Heirat
Vermögensgesuche
Geldgesuche
haben im
Volksblatt
großen Erfolg!

RUNDFUNK PROGRAMME

Leipzig

Donnerstag: 6.15: Funkgymnastik. 6.35: Frühkonzert. 9.00 bis 9.40: Schulfunk: Bei einem ostpreußischen Siedler. 12.00: Orchesterkonzert. (Schallplatten.) 13.00: Nachrichten, Wetter und Zeit. 13.15: Aus dem Programm des Frankfurter Sängerfestes 1932 (I). (Schallplatten.) 14.00: Filme der Woche. 14.30: Der erwerbslose Jugendliche und seine Eltern. Dr. Heller, Leipzig 16.00: Nachmittagskonzert. 17.30: Wetter und Zeit. 18.00: Wilhelm Schaefer liest drei Anekdoten vom alten Blücher. 18.30: Spanisch. 18.50: Jahrtausend deutscher Dichtung. 19.05: Schallplattenkonzert. 19.30: **Wie Erna Lemke fristlos entlassen wurde.** Die Vorgeschichte eines Prozesses in fünf Telephongesprächen von Secundus. 20.00: Mandoline und Klavier. 20.30: **Durfte Erna Lemke fristlos entlassen werden?** Ein arbeitsrechtliches Problemstück von Secundus. 21.30: Joseph Haydn: Mariazeller-Messe (komponiert 1782). Das Leipziger Sinfonieorchester. 22.15: Nachrichten.

Königswusterhausen

Donnerstag: 6.15: Funkgymnastik. 6.30: Wetter. Anschließend bis 8.00: Frühkonzert. 9.00: Bei einem ostpreußischen Siedler. 10.00: Nachrichten. 10.10: Schulfunk. Aus den Erinnerungen von Selma Lagerlöf. 12.00: Wetter. Anschließend: Unterhaltendes Instrumentalkonzert. (Schallplatten.) Tanach: Wetter. 13.35: Nachrichten. 14.00: Birtuosenstücke. (Schallplatten.) 15.00: Musikalische Kinderstunde: Wir schnitzen Flöten und lernen horchen und musizieren. 15.30: Wetter, Börse. 15.45: Mutter und Sohn. Erna Saenger. 16.00: Staat und Erwachsenenbildung. Min.-Rat Becker. 16.30: Lieder. 16.55: Kammermusik von Hugo Herrmann. 17.30: Der Erfinder des Mikroskop (zum 300. Geburtstag von A. von Leuwenhoeks). Dr. Heizmann. 18.00: Leichte moderne Klaviermusik von Hetz und Erich Kah. Else Kraus. 18.30: Die Gefahren des elektrischen Stromes. Dipl.-Ing. Wolter. 18.55: Wetter. 19.00: Rundholzmarkt und Holzeinschlag durch den Waldbesitz im kommenden Winter. Dr. Reg.-Rat Urtcal.

Sozialdem. Partei Deutschlands
Ortsverein Halle a. S.

Nachruf.

Heute erst erhalten wir die traurige Nachricht, daß am Sonnabend, dem 22. Okt., unsere langjährige Parteigenossin

Emilie Wirth

im Alter von 72 Jahren gestorben ist. Die Verstorbene war eine treue und gute Mitarbeiterin für den Sozialismus. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. 4190

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193210 26-18/fragment/page=0008